

# Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifenband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die gedruckte Werbungszeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Kellamerspreis: Die dreispaltige Werbungszeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 580 89. Postfachkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telefon 288 27. Geschäftszeit der Redaktion von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Glatz, Wilhelmstraße 26, Telefon 1085. Glatz: Kuny, Telefon 2384. Geschäftszeit von 8-12 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagort Breslau. — Berlin: Schiel, Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau. — Druck: „Reubag“ Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

## Polnische Truppentransporte durch Ostpreußen

### Zaleski droht Sowjetrußland

#### Die Aufnahme der Sowjetnote in Polen Unerschämte Sprache der Regierungspresse

Warschau, 19. Juni. Die neue Note der Sowjetregierung wird von der Regierungspresse energisch zurückgewiesen. „Głos Prawy“, das Organ Pilsudski, nennt die Note Tschitscherins „furchtbar brutal“.

Bei der Besprechung der Sowjetnote in der halbamtlichen „Epoka“ wird die Verschärfung der polnisch-russischen Spannung zugegeben. Wenn sich die Sowjetregierung von vornherein auf den Standpunkt stelle, daß ohne neue Schritte seitens Polens gegen die Emigranten die Sache nicht als beendet betrachtet werden könne, sei ein diplomatischer Schriftwechsel über diesen Gegenstand überhaupt überflüssig. „Bei solch einer diplomatischen Methode“, so schließt das Blatt, „kann man nicht zu guten nachbarlichen Verhältnissen kommen.“

Der polnische Außenminister Zaleski, der seinen zweitägigen Urlaub in Posen anscheinend infolge der polnisch-russischen Spannung plötzlich unterbrochen hat, hatte am Sonntag eine längere Unterredung mit Pilsudski. Vor seiner Ankunft am Sonnabendabend hat eine zweistündige Unterredung Pilsudski mit dem Staatspräsidenten und dem Vizepremier Bartel stattgefunden.

Moskau, 19. Juni. (Tel.-Ag. der Sowjetunion.) „Iswestija“ bezeichnet gewisse Ausführungen des Pralauer Blattes „Glas“ anlässlich der Reise Zaleskis als offenkundige Aufforderung zur Verletzung der Unantastbarkeit der Staatsgrenzen des Status quo in Osteuropa. Nur so könne, schreibt „Iswestija“, die Ausrückung des „Glas“ gedeutet werden, Polen bedürfe im Osten einer gleichen Garantie, wie es für Frankreich die Befreiung der Rheinzone sei. „Iswestija“ lehnt es ab, auf derartige unsinnige Theorien einzugehen und betont, es gebe in Polen Heyer zum Kriege zwischen Polen und der Sowjetunion, und zu diesen gehöre auch der „Glas“, der noch vor kurzem an der Spitze gegen die Sowjetlandesherrschaft in Warschau eine führende Rolle gespielt habe. Die öffentliche Meinung der Sowjetunion erwachte es für notwendig, daß die polnischen Regierungskreise und die polnische Öffentlichkeit, solange es nicht zu spät sei, einem derartigen verbrecherischen Treiben ein Ende setze. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt müsse solchen Brandstiftern eine nachsichtige Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Sprache der offiziellen Warschauer Presse ist die der provokatorischen Drohungen gegen die Sowjetunion. Lindsay, die englische Attache und die rumänischen Generale nicht zuletzt auch Poincaré, haben Pilsudski den Rücken gestärkt. Die Pläne, die in polnischen Regierungskreisen neuerdings öffentlich erörtert werden, sind eine ernsthafteste Bedrohung des Friedens. Gegen Litauen wird ein Völkerbundkrieg angedroht, in offiziellen Presseorganen die „Aufteilung der Baltikstaaten“, d. h. ihre Befreiung durch Polen propagiert, im Sejm hört man Reden über die „Befreiung“ der Sowjetultraide vom bolschewistischen Joch. Außenminister Zaleski fordert die Schaffung einer dem Rheinland ähnlichen „entmilitarisierten“ oder besetzten Zone in Ostpreußen.

#### Deutschlands Liebesdienste für Polen

Berlin, 19. Juni. Deutschland hat im Jahre 1921 mit Polen ein Abkommen geschlossen, wonach polnische Militärsoldaten durch Ostpreußen durchgeführt werden dürfen. Von diesem Recht wird Polen, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, zum erstenmal am 27. Juni b. J. Gebrauch machen. Es werden in einem geschlossenen Zuge 180 Mann sowie 14 Wagen Heeresgut über Marienburg, Deutsch-Ostpreußen nach Danzig befördert. Es ist Vorsorge getroffen, daß es zu keinerlei Zwischenfällen kommt.

Zu dieser alarmierenden Meldung fügen die bürgerlichen Telegraphen-Büros noch beschwichtigend hinzu, daß die Durchfahrt polnischer Truppen durch Ostpreußen auf Grund des Artikels 47 des sogenannten Korridorabkommens vom 21. April 1921, das den Verkehr durch den Danziger Korridor regelt, erfolgen mußte. Tatsächlich aber hat Polen, obwohl das Abkommen bereits seit sieben Jahren besteht, zum ersten Male von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Daß dieser Gebrauch jetzt in dem Moment erfolgt, in dem die Beziehungen Polens zu

Sowjetrußland außerordentlich gespannter Natur sind, beleuchtet die Situation. Es ist charakteristisch, daß die gesamte bürgerliche Presse von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, die in den letzten Tagen sich anlässlich der Stellung Zaleskis zur Rheinlanddrängung entrüstete, kein Wort findet, um die Unterstützung polnischer Militärtransporte durch Deutschland festzunageln. Da der polnische Truppentransport durch Ostpreußen eine eindeutige Demonstration gegen die Sowjetunion ist, so schweigen die treudeutschen Nationalisten, die noch vor wenigen Stunden sich nicht genug über polnische Annäherung aufregen konnten.

Diese Erscheinungen, zusammengenommen mit der Rückenbedeckung, die Pilsudski seitens der imperialistischen Westmächte genießt, müssen die Werktätigen aller Länder zur höchsten Wachsamkeit gegenüber den Brandstiftern im Osten Europas veranlassen!

Besonders die Arbeiterschaft in Schlesien und Oberschlesien hat die erhöhte Pflicht hierzu. Klassengenossen, Werktätige, habt die Augen offen! Achtet auf die Vorgänge jenseits der Grenzen Polens! Duldet keinen Transport von Kriegsmaterial! Schließt die Sowjetunion!

#### Müller-Franken formuliert das Regierungsprogramm

Berlin, 19. Juni.

Die „Telegraphen-Union“ berichtet: „Die interfraktionellen Besprechungen endeten bald nach 12 Uhr. Den Gegenstand der Verhandlungen bildeten heute die Fragen der Reichswehr, der Amnestie und des Verfassungstages. Wie wir hören, hat sich in der Frage des neuen Panzerkreuzers, dessen Baubeginn vom alten Reichstag bis zum Herbst verschoben worden war, eine Einigung erzielen lassen. Auch in der Frage der Amnestie zeigten sich Gegensätze. Grundsätzlich waren alle Parteien für eine Amnestie, die von einem Teil der Parteien sofort, von anderen Parteien erst für den Herbst gewünscht wurde. Die Bayerische Volkspartei lehnt eine Reichsamnestie ab, da sie der Meinung ist, daß ein Strafverzicht ausschließlich Sache der Justizhoheit der Länder sei. (Diese wiederum behaupten, daß die Amnestie Sache des Reiches sei.) Die Verhandlungen, die am Dienstag stattfanden, bildeten gewissermaßen den Abschluß der ersten Sitzung des fünftägigen Regierungsprogramms, da Abgeordneter Müller-Franken beabsichtigt, auf Grund der bisherigen Ergebnisse dieser Verhandlungen die Grundzüge des Regierungsprogramms zu formulieren.“

Man ist sich also einig. Nachdem Herr Müller-Franken bisher ohne Programm verhandelt, versucht er es jetzt mit einem anderen Trick. Durch ein sogenanntes Programm sollen die Massen der Arbeiterschaft über die schmähliche Kapitulation der sozialdemokratischen Führer hinweggeläuscht werden.

Ueber das „Programm“, das Müller formulieren wird, besteht kein Zweifel mehr. Aus der Sprache diplomatischer Verlogenheit in ein klares Arbeiterdeutsch übertragen, wird es lauten:

Fortsetzung der imperialistischen Außenpolitik des Bürgerblods, Machterweiterung der Bourgeoisie im Staatsapparat und Festlegung der SPD. auf eine Wahlreform mit der Perspektive der Kommunistenknobelnung wie in Frankreich, Schulverfassung und Steuerreformen für die Bourgeoisie. Dazu Unantastbarkeit des Reichswehr-Programms plus Festlegung der SPD. auf Zustimmung zum Panzerkreuzerbau!

Dafür erhält die SPD. als „Zugewinn“ Besprechungen auf Einführung eines Verfassungstages am 11. August, Versprechen auf Abschaffung der Todesstrafe durch das sogenannte Ordentliche Gericht (wie die letzte Erfahrung zeigt, wird dagegen die Todesstrafe durch die Schups auf der Straße um so rigoros in der kommenden Koalitionsperiode verhängt werden), Ratifizierung des Achtstundentages, d. h. papierne Zustimmung zu einer allgemeinen Ratifizierung des Achtstundentages in der Welt, nachdem es feststeht, daß eine ganze Reihe von Ländern schon jetzt die Ratifizierung abgelehnt hat, z. B. England, d. h. also, gefährloser Heldennut der Koalitionsbourgeoisie in dieser entscheidenden Frage. Dazu noch einige Maßnahmen in der Sozialpolitik, „Verbesserungen“, auf die man nach den bisherigen Ueberraschungen wahrhaft gespannt sein kann.

Das ist, kurz zusammengefaßt, die Bilanz der sozialdemokratischen „Erfolge“.

#### „Positive Arbeit“ im Parlament Etwas über sozialdemokratische und kommunistische Parlamentspolitik

Von Karl Beder

Die Sozialdemokratie benützt in ihrer Presse, in den Versammlungen usw. gern als einen besonderen Agitationschlag das Argument, daß die Sozialdemokratie im Parlament eine positive Politik im Interesse der Arbeiterklasse durchführe, während die Kommunisten nur radikale Schreier seien. Mit dieser Argumentation wird die Frage aufgerollt, inwieweit im bürgerlichen Parlament überhaupt positive Arbeit im Sinne der Interessen des Proletariats geleistet werden kann, und welche Rolle die Sozialdemokratie und die kommunistische Partei in den bürgerlichen Parlamenten spielen. Wir wollen unter diesem Gesichtspunkt einmal den Verlauf der 1. Sitzungsperiode des neuen Preussischen Landtages ansehen. Dabei wird jeder ehrliche Arbeiter sich gleichzeitig ein Bild davon machen können, was er von den Wahlversprechungen der Sozialdemokratie zu halten hat.

Die kommunistische Landtagsfraktion in Preußen hat beim Zusammentritt des Parlaments eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, die, wie jeder zugeben muß, den aller-elementarsten Interessen der werktätigen Massen entsprechen, und deren Annahme wirklich ein Stückchen positiver Arbeit bedeutet hätte. Was ist das Schicksal dieser Anträge?

1. Es wurde ein Antrag eingebracht, in welchem von der preussischen Regierung verlangt wird, sich bei der Reichsregierung für die gesetzliche Festlegung des Nachstundentages, der 45-Stundenwoche und des Siebenstundentages im Bergbau, der chemischen Industrie usw. einzusetzen. Außerdem wird in dem Antrag verlangt, daß die preussische Regierung sofort aus eigener Initiative diese Verkürzung der Arbeitszeit in allen Betrieben, besonders auf den Zechen, welche dem preussischen Staat gehören, durchführt, und daß sie auf dem Aussichtsweg auf Grund der Gewerbeordnung sofort die siebenstündige Arbeitszeit in den besonders gesundheitschädlichen Industriezweigen anordnet. Die Antwort des Preussischen Landtages mit Einschluß der Sozialdemokratie auf diesen Antrag war bisher der Beschluß, ihn nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

2. Der Antrag der kommunistischen Fraktion, in welchem konkrete Vorschläge zur Förderung des Wohnungsbaues gemacht werden, insbesondere verlangt wird, daß die Hauszinssteuer restlos für den Wohnungsbau verwandt wird, und daß an Stelle der Hauszinssteuer eine Wohnungsbaubgabe von den Besitzenden eingeführt wird, erlebte das gleiche Schicksal.

3. Ebenso wurde es von der Einheitsfront der Sozialdemokraten und Bürgerlichen einschließlich Deutschnationalen abgelehnt, den kommunistischen Antrag gegen die Konfessionsverhandlungen und gegen die Verkürzung der Schule auf die Tagesordnung zu setzen.

4. Die kommunistische Fraktion hat unter Aufzählung der Polizeibrutalitäten der letzten Zeit den Antrag gestellt, daß alle dafür verantwortlichen Offiziere und Beamten sofort ohne Pension entlassen und zur Verantwortung gezogen werden. Darüber hinaus wurde in diesem Zusammenhang die Entfremdung aller monarchistischen Offiziere aus der Schutzpolizei und die Wahl der erforderlichen Führer durch die Mannschaften aus ihren eigenen Reihen verlangt. Der Ministerpräsident Braun hat unter Hinweis auf diesen Antrag die Polizeibrutalitäten ausdrücklich gedeckt und es abgelehnt, entsprechend diesem Antrage gegen die monarchistischen Beamten und Offiziere vorzugehen. Der Antrag wurde dem Hauptauschuß überwiesen. Sein Schicksal ist nach der angeführten Erklärung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten klar.

5. Allein die kommunistische Fraktion hat im Landtag einen Antrag eingebracht, in welchem von der preussischen Regierung die sofortige Zurückziehung der Polizei, welche gegen die streikenden Schiffer und Hafenarbeiter des Rheinstromes eingesetzt wurde, verlangt wird. Außerdem verlangt dieser Antrag, daß die preussische Regierung sich bei der Reichsregierung gegen eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches gegen die Rheinschiffer einsetzt. Die Regierung hat beides abgelehnt. Der sozialdemokratische Redner zu dieser Sache hat die Einsetzung der Polizei im Kampfe der Rheinschiffer ausdrücklich für richtig erklärt. Unser Antrag wurde von der sozialdemokratisch-deutsch-nationalen Einheitsfront im Landtag abgelehnt. Der Schiedspruch wurde inzwischen für verbindlich erklärt.

6. Zwei Anträge der kommunistischen Fraktion verlangen von der preussischen Regierung Maßnahmen gegen die Entlassung von Bergarbeitern auf den preussischen Staatszechen



# Reichsbanner und Stahlhelm bilden Spalier

## Sozialdemokraten machen nationalistischen Empfangsrummel der „Bremen“-Flieger mit

und gegen die Entlegung von Zechen der Harpener Bergwerks- Aktiengesellschaft und des Mühlheimer Bergwerksvereins N. O. für den Fall, daß diese Gesellschaften auf der Stillelegung beharren, wird die entschädigungslose Enteignung verlangt. Die Antwort der preussischen Koalitionsregierung gab der Minister Schreiber, welcher die Entlegungen als unabänderlich erklärte und die gesamte Politik des Reichstages deckte. Unsere Anträge wurden dem Ausschuss überwiesen, und ihr Schicksal ist bei der Stellungnahme der sozialdemokratischen Regierung ebenfalls klar.

7. Die kommunistische Fraktion hat auch einige Anträge eingebracht, in welchen die Unterstützung und Steuerbefreiung für solche Kleinbauern verlangt wird, die durch Unwetere in den letzten Monaten besonders in Ostpreußen und Schlesien schwer geschädigt wurden. Das gleiche wird in einem Antrag für die Winger im Rheingebiete verlangt, welche durch Frostschäden schwer getroffen sind. Die Regierung hat zu diesen Anträgen bisher geantwortet.

Das Bild wird erst vollständig, wenn wir zu alledem noch hinzufügen, daß die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages bisher auch nicht einen einzigen Antrag mit positiven Forderungen für die werktätigen Massen eingebracht hat. Zu den Vorgängen im Bergbau hat sie es lediglich gewagt, eine Anfrage an die Regierung zu richten, welche von dieser nicht einmal beantwortet wurde und mit in den Ausschuss wanderte.

So steht es mit der „positiven Arbeit“ der Sozialdemokratie und der vielgerühmten Weimarer Koalitionsregierung in Preußen aus. Und so steht es mit der angeblichen Unterlassung jedes Versuches der kommunistischen Partei aus, im Parlament positive Anträge einzubringen.

Die ersten Sitzungen des Preußen-Parlamentes sind geradezu eine Demonstration dafür, daß im bürgerlichen Parlament und von den bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierungen keine „positive Arbeit“ für die Interessen des Proletariats und aller werktätigen Schichten geleistet werden kann. Das Schicksal der Anträge der kommunistischen Fraktion ist ein neuer schlagender Beweis dafür. Diese Politik wird ab und zu durch mit großem Tamtam durchgeführte Scheinanträge verschleiert, damit die werktätigen Massen den wirklichen Zustand nicht so leicht erkennen können. Solche Beschlüsse des Parlamentes werden dann oft von der Regierung einfach nicht durchgeführt, was selbst der sozialdemokratische Abgeordnete Otter bezüglich früherer Beschlüsse gegen Zechenstilllegungen feststellen mußte. Damit wird nur noch unterstrichen, daß die bürgerlichen Parlamente und die Koalitionsregierungen nichts anderes als Kulissen für die Diktatur des Großkapitals sind. Nur im Klassenkampf außerhalb des Parlamentes fallen die Entscheidungen.

Der Verlauf der Tagung des Preußen-Parlamentes sollte jedem Arbeiter zum Bewußtsein bringen, wie richtig die Kommunisten handeln, wenn sie immer wieder der Weimarer Koalitionsregierung in Preußen ihr Mißtrauen im Parlament aussprechen und außerhalb des Parlamentes mit allen Mitteln gegen sie kämpfen. Nimmt man noch hinzu, daß die Tagung des Preussischen Landtages beherrscht war von der Tatsache, daß die gegenwärtige Regierung in kurzer Zeit trotz des Linksruckes der Massen nach rechts erweitert werden soll, so wird sich auch der sozialdemokratische Arbeiter ein Bild davon machen können, wie die Sozialdemokratie ihre Wahlversprechungen zu behandeln gedenkt.

Fort mit den offenen und verdeckten („linken“ Sozialdemokraten) Koalitionspolitikern in der Arbeiterbewegung, das muß das Resultat der Entlarbung der Sozialdemokratie sein.

Die rumänische Auslandsanleihe abgeschlossen? In. Bukarest, 20. Juni. Die „Lupa“ will eine Devisen erhalten haben, wonach die rumänische Auslandsanleihe Dienstag vormittag in Paris und London abgeschlossen worden ist.

(Sig. Ver.) Bremerhaven, 19. Juni. Anlässlich der Rückkehr der Bremensflieger Köhl, Hünefeld und Hünemann hatten sich 1400 Vertreter der bürgerlichen und sozialdemokratischen Journalisten und des Norddeutschen Lloyd nach dem Seedampfer Lloyd begeben, um der Columbus bis zum Hoheweg-Leuchtturm entgegenzufahren. Aber die Gesellschaften haben die Ankunft der Columbus verschlafen. Als sie sich am frühen Morgen den Schlaf aus den Augen rieben, lag das Schiff mit den Ozeanfliegern bereits vier Stunden im Hafen.

Alle begaben sich nun gleich an Bord und brachen dort in härmliche Hochrufe aus; die sozialdemokratischen Vertreter genau so, wie ihre bürgerlichen und deutschnationalen Kollegen.

Für den Lloyd begrüßte der schwarzweihrote Stimmung die Flieger. Um 11 Uhr legte der Columbus unter den Klängen des Deutschlandliedes an. Einige Zuschauer wollten den Fliegern mit den Taschentüchern zu. Der Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven, Bede, ging nach der Landung in Begleitung des Führers des Bremerhavener Stahlhelms, der in voller Uniform er-

schienen war, an Bord. In der Stadt waren überall schwarzweihrote Fahnen gehißt.

Trotzdem stand das Reichsbanner zusammen mit den Stahlhelmen bei der Begrüßung Spalier.

Oberpräsident Noske gab seiner Begeisterung in folgenden Worten in einem Schreiben an die Flieger Ausdruck:

„Das tüchtigste Volk wird sich nur behaupten, wenn es stets Männer hervorbringt, die bereit sind, ihr Leben für eine Idee, ein Ziel und ihr Volk daranzusetzen. Als solche Selbsten begrüße ich die drei Ozeanflieger auf dem Heimatboden.“

Am Dienstag zog der Lloyd-Propagandachef, Freiherr von Hünefeld in Begleitung von 2000 schwarzweihroten Automobilen in Bremen ein. Auch bildete das Reichsbanner neben dem Wehrwolf, dem Stahlhelm usw. Spalier.

Wie die Meldung zeigt, kam alles so, wie es im Programm der SPD-Führer und der Reichsbannerführer festgelegt war. Sozialdemokraten empfingen gemeinsam mit Deutschnationalen und dem Stahlhelm die Stahlhelmeute Köhl und Hünefeld. Reichsbanner steht gemeinsam mit dem Stahlhelm Spalier. Die ganze Stadt steht in schwarzweihroter Flaggenpracht. Das Herz der nationalsozialistischen sozialdemokratischen Führer, der Beauftragten des neuen deutschen Imperialismus, schlägt wieder höher, denn sie erinnern sich an die große Zeit, wo sie die Erlaubnis hatten, den monarchistischen Größen die Stiefel zu ledern. Das Nosketelegramm ist typisch für die totale Korruption dieser faschistischen Führerelite der SPD.

In Bremen hat es a. B. die SPD vor dem Eintritt in die Regierung noch tapfer abgelehnt, an den nationalsozialistischen Empfangsleiter für die Köhl und Hünefeld teilzunehmen, weil Hünefeld in Amerika eine schwarzweihrote Fahne abgeworfen habe. Jetzt darf aber die SPD in Bremen wieder mitregieren, und der Grund zur Opposition fällt daher fort; auf die rebellierenden Arbeiter nehmen sie keine Rücksicht.

Die SPD und das Reichsbanner nehmen an diesem neuesten Rummel des kriegslüsteren neuen deutschen Imperialismus teil, obwohl sie vorher schon genau wußten, daß

Köhl und Hünefeld Mitglieder des Stahlhelms sind. In Bremen haben sie sogar noch ein übriges getan.

Die SPD hat gemeinsam mit dem Stahlhelm und anderen reaktionären Organisationen einen Aufruf erlassen,

in dem die Bevölkerung zur zahlreichen Teilnahme am Empfangsrummel aufgefordert wurde.

Dieser Empfang der Stahlhelmeute Köhl und Hünefeld durch Reichsbanner und SPD gemeinsam mit der gesamten Reaktion bis zum Stahlhelm, zeigt deutlicher als alles andere, wo die SPD steht. Sie steht in der Front des neuen deutschen Imperialismus und demonstrierte beim Köhl-Empfang nicht etwa für Köhl und Co., sondern für die Front des neuen deutschen Imperialismus und der internationalen Bourgeoisie gegen Sowjetrußland. Die SPD zeigt hier wieder, daß ihre Opposition gegen Deutschnationalen und Stahlhelm nichts ist als Bluff zur Täuschung der breiten Massen, daß sie aber in der Tat mit der gesamten Reaktion einig geht und deren Kriegs- und Unterdrückungspolitik gegen das Proletariat eifrig mitmacht.

### Die Hilfsmahnahmen für Nobile

U. Oslo, 19. Juni. Wie aus Tromsø gemeldet wird, mußten das schwedische und das finnische Flugzeug, die Montag nachmittag zum Fluge nach Epibergen gestartet waren, nach Tromsø zurückkehren. Dagegen geht das französische Flugzeug mit Amundsen den Flug fort. Es wird vermutlich direkt nach Kap Smith fliegen. Major Maddalena ist Montag abend mit seinem Flugzeug aus Vadso kommend, in Kingsbay gelandet. An Bord befanden sich außer dem schwedischen Kapitän Tornberg vier schwedische Flieger, die sich an den Hilfsmahnahmen für Nobile beteiligen wollten.

### Vom Tage

Heute beginnen die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien und dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun über die Erweiterung der preussischen Regierung durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei.

Eine Anzahl Länderregierungen hat sich gegen die Annahme ausgesprochen. Darunter Preußen, Baden, Sachsen.

Die für gestern einberufene Sitzung des Reichsbegnadigungsausschusses, die zum Fall Hoelz Stellung nehmen sollte, ist vertagt worden. Deutlich geht die Absicht hervor, die Entscheidung zu verzögern. Die Sitzung soll nunmehr erst stattfinden, wenn der Reichstag wieder beisammen ist.

Der Großindustrielle und Freund der Sozialdemokraten, Silberberg, hat sich auf einer industriellen Tagung für Verringerung der Verfassung, Verwaltungsreform und „Einheitsstaat“, wie er ihn aufstellt, ausgesprochen.

Bisher liegen noch keine Nachrichten von dem Rettungsluge des Nordpolforschers Amundsen vor. Unbestätigten Gerüchten zufolge soll er am Lager Robiles gelandet sein.

Wie aus Kolumbar gebracht wird, hat das Kassationsgericht es abgelehnt, die verurteilten Autonomisten Ricklin und Rosse freizulassen.

Die Arbeiterjünger in Bremen lehnten es auf Grund eines kommunistischen Antrages ab, bei dem schwarzweihrotgelben Empfang der Stahlhelmeute teilzunehmen.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, tritt Reichsaußenminister Dr. Stresemann am kommenden Mittwoch einen mehrwöchigen Erholungsurlaub an, den er im süßlichen Schwarzwald verbringen wird.

Nach einer Meldung aus Wuhan ist Tschanghsüliang anstelle seines Vaters Tschanghsolin zum Militär-gouverneur ernannt worden.

Hindenburg hat dem Schlichter der ungarischen Arbeiter, dem Reichswehrminister Pöschel, zum 60. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm geschickt.

„Du glaubst es wahrscheinlich nicht“, sagte der Amerikaner nach einer kurzen Pause und sah den jetzt wieder erstarrten Belgier groß und mit einem leichten Ruck des Kopfes an. „Es ist aber so. Der Arbeiter in den Staaten findet es einfacher und bequemer, den europäischen Gahn abzugeben, als sich gegen das Lothdrücken und Ausbeuten seiner Kapitalisten zu wehren. Er erreicht seinen Zweck allerdings nie, und die amerikanischen Kapitalisten haben seit fünfzig Jahren noch nicht ein einziges Mal an Arbeitermangel gelitten oder aus einem anderen Grunde als aus ihrer eigenen Willkür Löhne heranzuführen oder herunterzusetzen. Was macht das aber? Das Gesetz bleibt die große Verhinderung. Die Schlafhaube! Und daß sie sich diese braven Eisen- und Kohlenarbeiter, diese biedlichen, konservativen, hundertprozentigen Sternbannerträger und Sozialisten-Lot-schläger selber auf die Nase gesetzt haben, erfüllt sie noch mit Freude und Stolz!“

Der lachende Schotte nickte Beifall. „Ja!“ rief er mit vollem Munde über den Tisch, „jeder neue Ire oder Deutsche, jeder halbverhungerte Italiener oder Finnländer, der mit Sad und Pad aus seinem Lande kommt, um hier ein besseres Leben zu beginnen, wird von diesen eingesehnen Dollartrahern angefaßt wie ein fremder Hund. Als es die Schüssel nicht groß und tief genug wären, aus denen diese Yankee heute fressen. Als es dieses Land nicht so viel hervorbrächte, daß einige Millionen europäischer Hungerleider allein von dem Abfall satt würden? Mit einem Knüttel statt mit einem Lammensack sollten alle herüberkommen, die in der alten Welt nichts mehr für ihren Wagen finden, und diesen knurrenden Hunden damit den Seig und die Freigier austreiben!“

Der Amerikaner setzte seine unterbrochene Rede fort. „Das mit der Freigier ist richtig“, sagte er. „Sie wollen das allein haben, was sich in ihrem Lande zusammenscharen läßt. Deswegen ändert sich Ellis Island auch nicht. Die Kontrolle wird sogar jedes Jahr schärfer. Die Beamten befehlen sich jeden, der herein will, von innen und von außen. Es ist schlimmer, als betapeten sie Karthago. Und da hilft nichts. Nicht einmal, daß sich einige unglückliche Frauen ins Wasser hängen oder an Fehlgelbarten herben. Darum drängt sich das europäische Pad auch so, jagen sie. Es soll langsamer kommen. Es soll überhaupt nicht mehr kommen. Ein Gitter um die Häfen von Amerika, und wer nicht hunderttausend Dollar hat, der soll draußen bleiben!“

Der Däne schob seinen Stuhl zurück und sprang auf. „Und dann Petroleum um diese elenden Brüder, und überall Feuer hinein, und wer dann heraus will, den sollten sie wieder hinter das Gitter werfen oder totschlagen!“

Der Amerikaner sah den Blinderen blinzeln an. „Wird dadurch

den hungernden europäischen Arbeitern geholfen?“

„Ne!“ stöhnte der Belgier schärfer, „und besonders unserer Polin und ihrem Kind. Ihr Mann würde ja auch zur Hölle!“

„Kameraden!“ rief da der lange Engländer, bevor sich der Däne weiter entladen konnte, „ich glaube, das Notwendigste, was wir heute gegen Ellis Island und gegen diese amerikanische Barbarei tun können, ist, daß wir uns die Hinausgeworfene und das Kind einmal ansehen!“

„Ne!“ stimmten der Franzose und der Amerikaner begeistert zu, und sie stemmten sich beide hoch.

„Die Frau könnte vorangehen“, schlug der Schotte vor, der auch aufgesprungen war, und er deutete auf die Französin.

Die Französin war bereit. Da die Männer aber nicht wußten, wo die Kabine der Polin war und sie trotz langen Suchens nicht finden konnten, mußten sie sich noch an die Stewardess wenden.

Die machte erst ein bedenkliches Gesicht, als sie hörte, wofin die Männer wollten. „Ihr müßt sie aber nicht aufregen“, sagte sie dann, und ihre Augen wurden schon freundlich. Wie eine alte Wehmutter ließ sie nun vor den Männern her.

Der Weg führte zuerst hinauf und dann wieder nach unten. Vor einer mit einem Vorhang verschlossenen Kabine blieb die Frau in dem letzten Sadgang stehen.

„Ich bin es!“ sagte sie laut. Sie winkte den Männern zu, daß sie warten sollten, und trat, indem sie den Vorhang zur Seite schob, ein.

„Kommt!“ rief sie nach einer Weile, ohne sich wieder zu zeigen, und die Männer, die schweigend nebeneinander gestanden hatten, kamen leise näher.

Die Kabine, in die sie eintraten, war groß und geräumig. Es waren vier Betten darin, und in einem der unteren Lag in gestimmtem, etwas verschoffenem gelben Bettzeug die polnische Wöchnerin.

Sie hatte ein ältliches, eingefallenes und häßliches Gesicht. Etwas schief zu der Mitte stand der wulstige große Mund. Darüber hob sich eine kleine zusammengekniffene Nase, und rechts und links davon standen glanzlose leere und sehr verschüchterte Augen.

„D!“ flüsterte sie mit kleinen, stammelnden polnischen Silben, als sich das Zimmer immer mehr füllte, „so viele?“

Die Stewardess erklärte: „Es sind Passagiere. Sie wollen dir einen Besuch machen!“

(Fortsetzung folgt.)

**PASSAGIERE**  
DER III. KLASSE Roman  
von Kurt Kläber

49 Einer ihrer Männer, ein kleiner Bauernburche, der mit mir nach St. Louis gefahren war, erzählte mir dann das Ende der Tragödie. Die Frauen waren ganz verzweifelt auf das Schiff gekommen, und einer, Magdale hieß sie, es war eine junge Frau aus Nantes, die erst kurz vor der Ueberfahrt geheiratet hatte, fuhr die räpische Trennung so in den Verstand, daß sie ins Wasser sprang. Eine andere hatte durch den ausgefallenen Schreden eine Frühgeburt und war mit dem Kinde gestorben, und die drei letzten Jahren mittellos und heimatlos in Boulogne und wußten vor Hunger und Kälte nicht aus und ein. „George“, schrieb die junge Frau wütlich an ihren Mann, „wenn uns nicht bald jemand hilft oder wenn nicht einer von euch Männern Geld schickt, müssen wir auf die Straße gehen oder ins Meer hürzen!“

Der Franzose bekam einen Hustenanfall, und der Belgier schlug ihm leicht den Rücken. „Wende!“ Intrigie in der Zeit der Däne durch die Zähne, „so sind sie aber alle, diese kapitalistischen Länder. Erst laden sie die Menschen mit allen Mitteln an, und wenn ihnen dann einer zu klein oder zu dick, zu dünn oder zu mager ist, dann heßen sie ihn in den Tod!“

Der Amerikaner, der seine Lippen zusammengepreßt hatte, nickte dazu. „Ellis Island“, sagte er, „ist eine Fehleule an unserem an und für sich schon dreifigen Bauch. Vielleicht sogar eine der fünfzigsten. Wer soll sie aber aufstehen?“

„Die Arbeiter!“ schrie der Belgier, der noch immer dem Franzosen den Rücken klopfte.

„Die Arbeiter? Die amerikanischen Arbeiter?“ Der Amerikaner verzog sich ein Lachen. „Die haben dieses Sieb ja selber aufgestellt!“ Der Belgier hielt im Klaffen inne. Er schielte den Bebrüllten mit erkannten Augen an.

„Ich muß es dir wohl erst erklären!“ sagte der Amerikaner schneller. „Das amerikanische Kapital möchte nur die besten und tüchtigsten europäischen Arbeiter hereinlassen, und die eingesehnen Arbeiter liegen am liebsten gar keinen europäischen Tagelöhner herbei. Die Kombination von diesen beiden Schlägen ist Ellis Island!“

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Vertrieb und Vertrieb“ und „Bücherei“ Wilhelm Bielow, für „Vertrieb“ und „Bücherei“ die übrigen Verleger Alfred Schöns, sämtlich in Berlin. — Für den künstlerischen Teil Theodor Selzer, Glatz. — Für Inserate Dr. Berber, Berlin.



„Volksblatt“ und „Volksstimme“

Schützen gemeinsam die Polizei und hehen gegen die Kommunisten

Unter der Ueberschrift: „Ungestrafte Verleumdungen“ schüttelt der Sozialdemokrat, Polizeipräsident Bed sein gekränktes Herz in seinem Selbst- und Magenblatt, dem „Volksblatt“, und flucht da, auch in dem Zentrumskollaborationsblatt „Die Volksstimme“ aus. Er wendet sich dagegen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ in der Nr. 114 vom 17. Mai d. J. in einer Notiz das Vorgehen seiner Polizeibeamten besonders festgenagelt hat. Wie er weiter schreibt, war die „Arbeiter-Zeitung“ gerügt, in der Nr. 122 vom 26. Mai d. J. eine Berichtigung des Gleiwitzer Polizeipräsidenten zu bringen. Der Kernpunkt der Geschichte ist nach Bed's Meinung der, daß man in diesem Falle den „Verleumder“ nicht fassen kann, weil er Abgeordneter ist. Nach unserer Meinung dürfte diese Tatsache für Herrn Bed kein Hindernis sein, denn es steht fest, daß der Genosse Jendrösch, obwohl er Abgeordneter ist, auch vor Gericht erscheint, sofern es sich um Dinge handelt, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen. Aber dem Sozialdemokraten Bed kommt es bei seiner Ausrede darauf an, die Handlungen seiner Polizei hinter sogenannte Verleumdungen zu verdecken. In den beiden Artikeln des „Volksblattes“ und der „Volksstimme“ steht von der Berichtigung, die die „Arbeiter-Zeitung“ am 26. Mai auf Antrag des Polizeipräsidenten abgedruckt hat, nichts. Herr Bed hat alle Ursache, darüber zu schweigen. Seine Berichtigung hatte folgenden Wortlaut:

Wie ein Vieh mißhandelt!

„In Nummer 114 der „Arbeiter-Zeitung“ für Schlesien und Oberschlesien vom 17. Mai 1928 ist unter obiger Ueberschrift eine Notiz erschienen, in der u. a. Schutzpolizeibeamte beschuldigt werden, einen Erwerbslosen schwer mißhandelt zu haben. In der Notiz ist der Sachverhalt nicht richtig dargestellt. Die Behauptungen a) ein Erwerbsloser sei im Beutheuer Arbeitsnachweisamt durch die „Schupo“ in übelster Weise mißhandelt worden; b) er sei von zwei „Schupo-beamten“ mit Häuten und Gummiknüppeln geschlagen worden; c) der Erwerbslose sei blutüberströmt zusammengebrochen, entsprechen nicht den Tatsachen.

Richtig ist folgendes: Ein betrunkenen Erwerbsloser mußte wegen Hausfriedensbruch aus dem Arbeitsnachweisamt mit Hilfe der Polizei gewaltsam entfernt und zur Feststellung seiner Personalien auf die Polizeiwache gebracht werden. Als die Schutzpolizeibeamten hinkamen, blutete der Betrunkenen bereits. In seinem sinnlosen Treiben ergriff er einen Biegelstein und wollte auf die Umstehenden einschlagen. Um diesen beabsichtigten rechtswidrigen Angriff zu verhindern, ver-

setzte ein Schutzpolizeibeamter dem lobenden Betrunkenen einen leichten, ungefährlichen Schlag mit dem Gummiknüppel. Sonst ist der Mann von Polizeibeamten weder geschlagen, noch sonst irgendwie mißhandelt worden. Auf der Straße ist der Betrunkenen nicht zusammengebrochen, sondern er hat sich auf den Bordstein hingeworfen, um einen Schutz anzuziehen, den er vorher ausgezogen hatte. An dem Verhalten der beiden Polizeibeamten ist nichts auszusetzen.“

Daraus geht hervor, daß der Erwerbslose von der Polizei gewaltsam entfernt worden ist, daß der Erwerbslose blutete, daß ein Schutzpolizeibeamter dem „lobenden Betrunkenen einen leichten ungefährlichen Schlag mit dem Gummiknüppel versetzte“, daß er sich dann auf der Straße auf den Bordstein „hinsetzte“ und nicht zusammenbrach. Soweit der Sinn der Berichtigung von Bed.

Wenn man das Zugeständnis von Bed im proletarischen Sinne auslegt, dann kommt mir auf die Erfahrung unter Höring und Bed in den vergangenen Jahren, dann kommen wir auf den Bluthund Roske, dann kommen wir auf die Niederschlagung der Arbeiterschaft durch die Polizei von Severing. Dann kommen wir auf das Erschleichen ungezügelter Proletarier „auf der Flucht“. Ja, wir kommen bis nach Berlin, wo die Schutzpolizei erst vor einigen Tagen dem Vizepräsidenten Weiß einen „leichten Schlag mit dem Gummiknüppel versetzte“.

Herr Bed mag noch solche Berichtigungen schreiben, er mag in der katholischen „Volksstimme“ versuchen, sich mit SPD-Wahlhilfe noch so rein zu waschen, die ober-schlesische Arbeiterschaft kennt ihn viel zu gut. Am Schluß der Jeremiade von Bed wird folgendes geschrieben:

„Wenn die kommunistische Presse weiter in dieser wenig anständigen Weise gegen Staatsbehörden kämpft, dann wird sie sich auch nicht wundern und nicht entrüsten dürfen, wenn sie von der übrigen Presse und den Behörden nach Verdienst eingeschätzt wird. Dies wird auch nicht ohne Rückwirkung auf ihre eigenen Anhänger bleiben.“

Dazu können wir nur bemerken, daß wir auf die sogenannte Wohlstandsfähigkeit in dieser Republik keinen Wert legen. Auch die Einschätzung durch die übrige Presse und die Behörden läßt uns wirklich kalt. Uns genügt, daß uns bürgerlicher Staat, Behörde und Zeitung fürchten und hassen. Es ist das für uns der beste Beweis, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden.

Hinweg mit den Faschisten

Zum Stahlhelmaufmarsch in Oppeln

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Die Garde des Eisfabrikanten Seidte, der „Stahlhelm“, beachtigt in dem kleinen Oppeln, weil er in den größeren Städten des Reiches immer von den Arbeitern eine Absuhr erhebt, gerade an dem Tage, wo die Schutzorganisation des Proletariats, der Rote Frontkämpferbund, ihr Untergautreffen veranstaltet, mit großem Tamtam aufzumarschieren. Die lastenbewusste Arbeiterschaft, Angestellte und Beamte sowie Kleingewerbetreibende müssen diesen Horden einen Kiegel vorchieben. Schon jetzt versucht es der Stahlhelm, Sympathien unter der Oppelner Bevölkerung und besonders unter der Geschäftswelt für seinen Aufmarsch zu ergattern. Quartiere werden gesucht und verlangt, daß die Stadt sich mit schwarzweißen Fetzen schmücken soll.

Die Oppelner werktätige Bevölkerung braucht den Stahlhelm nicht, der das willfährige Werkzeug der Klassenfeinde des Proletariats ist. Mit allen Mitteln muß darangegangen werden, um zu zeigen, daß Oppeln kein Asyl für diese Faschistenbrut ist. Einige Geschäftsleute haben für die Faschisten schon Klame zum Aufmarsch gemacht. Es sind dies Geschäftsleute, die bisher von Arbeiterkundschaft lebten. Wir glauben, daß die Klame nicht nur irrtümlich geschieht ist. Die Arbeiterschaft kann natürlich nicht mehr ihr Geld zu den Geschäftsleuten tragen, die für den Stahlhelm Propaganda machen und so mithelfen, die Arbeiter zu belästigen. Ein konkreter Fall ist der des Fleischers Schwierz auf der Zimyerstraße. Dieser soll sogar selbst Kamerad von den Feindjünglingen sein. Es wundert uns nicht, denn seine Wurstmacherei scheint nicht besonders viel von ihm zu haben. Es wird daher auch nicht besonders sauber bei ihm zugehen, denn wie wir feststellen, treiben sich in der Werkstatt dieses Stahlhelmlameraden und Fleischers Schwierz große Hunde herum. Hunde in der Schlächtere, wenn sie nicht selbst in die Pelle kommen sollen, geben sie ein Zeugnis von Unachtsamkeit und Unappetitlichkeit. Für den Stahlhelm Propaganda machen und mit den Arbeitern, die nichts mit dem Stahlhelm zu tun haben wollen, Geschäfte machen, ist ein bißchen viel!

Werktätige, rüffet zum Untergautreffen der Roten Front!

Beuthen

Stadthauptkassse. Durch die erfolgte Umstellung im Buchungsverfahren kann die Stadthauptkassse für den öffentlichen Verkehr am Sonnabend jeder Woche von 11 1/2 bis 1 Uhr nicht mehr offengehalten werden. Ferner wird auf die schon seit Jahren bestehende Anordnung hingewiesen, daß an den Nachmittagen keine Abfertigung des Publikums erfolgt.

Oppeln

Aus der Stadtverordnetenversammlung

Das Bestreben, immer mehr vor allen Dingen wichtige Tagesordnungspunkte hinter verschlossenen Türen zu verhandeln, konnte man auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung am vergangenen Donnerstag beobachten. Die vom Genossen Girndt verlangte öffentliche Behandlung des Vertrages mit der Reichswehr, welcher der Stadt, wie man hört, weit über eine Million Mark Kosten verursachen soll, wurde abgelehnt. Da der angeblich wirtschaftliche Vorteil in keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Nachteil (an Stelle der 2 Kompanien Infanterie werden 3 Schwadronen Kavallerie stationiert) steht, lehnten die Kommunisten den Vertrag ab.

Ebenfalls abgelehnt wurde von den Bürgerlichen, öffentlich über das Baudarlehen zu verhandeln, welches der Stadtbaurat Schmidt zum Bau einer Villa erhalten soll. Vier Zimmer und Küche sind diesem Herrn, obwohl er keine Kinder hat, zuwenig, und er muß nach der Meinung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters endlich die ihm zustehende repräsentative Wohnung erhalten. Daß in der Reichsverfassung schon seit fast zehn Jahren steht: „Jeder Deutsche hat Anspruch auf eine gesunde und ausreichende Wohnung“, und daß noch Hunderttausende auf Erfüllung dieses Verfassungsrechtes warten, davon wurde, außer von den Kommunisten, von niemandem etwas erwähnt. Ueber die Wahl des neuen Stadtbaurats Friz Benkert aus München, wo die Kommunisten weiße Fetten abgaben, haben wir schon am Sonnabend berichtet. Er erhielt 28 Stimmen von 31 anwesenden Stadtverordneten. Bei der Beratung über „Sonderbedingungen für die Anträge auf Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken“ wurde von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß unter allen Umständen dann, wenn die Stadt Gelder gibt, sie einen Einfluß auf die Mietentgeltung haben muß. Nicht so, wie bei dem Bau der Frau Regierungsrat Saaf, die über 100 000 Mark Baugelder aus öffentlichen Mitteln erhält, und heute für Wohnungen von 2 Zimmern und Küche 58.— Mark und 1 Zimmer und Küche 33.— Mark an Mieten verlangt. Bei dem Punkt der Tagesordnung, welcher sich damit beschäftigte, für die Beleuchtung einer Kolonade im Volkrestaurant die Mittel zu bewilligen, protestierte Genosse Chwalek dagegen, daß auch in diesem städtischen Lokal genau so wie im Pfaffenpark die Faschisten ein warmes Nest haben und nur der Stahlhelm von den Pächtern in diesen Lokalen zugelassen wird. Bisher fehlte uns noch eine Erklärung dafür. Wir hätten sie aber unterbreiten dadurch erhalten können, daß der Sachbearbeiter der Grundstücke bei der Stadt, Herr Tschimpe (Oberstadtschreiber), mit den Pächtern dieser Lokale ein Herz und eine Seele ist und sehr oft hinter der Schänke zu finden ist, was darauf schließen läßt, daß die dortige Freundschaft über das zulässige Maß weit hinausgeht. Der neue Oberbürgermeister hatte nichts Eiligeres zu tun, als diesen Faschistengeneral in Schutz zu nehmen, obwohl unsere Genossen ihre Angriffe mit Tatsachen belegen konnten. Für die Kleingärtner, die dadurch, daß ihre Gärten weggerissen werden, entsprechend entschädigt werden müssen, sprach der Genosse Fiedler und stellte entsprechende Anträge.

Wie schon eingangs angedeutet, verhandelte man über die Veranschlagung städtischer Gelder hinter verschlossenen Türen. Die Steuerzahler haben das Recht zu bleiben, aber nicht zu fragen, wo das Geld hinkommt.

Was geht in der Gartenbauverwaltung vor?

Seit langem stimmt etwas nicht in diesem städtischen Betriebe. Daß die Arbeiter und vor allem die Arbeiterinnen dort willkürlich bezahlt und entlassen werden, ist schon bekannt. Die treibende Kraft in der Gartenbauverwaltung ist der jetzige Betriebsrat Müde. Seine Stütze ist der Gartenoberinspektor Ulrich. Das Verhältnis ist allerdings in neuester Zeit etwas getrübt — nach der großen Rede des

Herrn Ulrich in der Delegation, an der sich auch Müde beteiligte, und in der die gesamte Delegation als „Spitzhüben“ verdächtigt wurde. Müde soll in seinem Hause voriges Jahr an Leute Gradamen verschachert haben, der jetzt nicht aufging. Darob großes Geschrei. Vor einigen Wochen hat Müde auf der Königstraße für 5 Mark Holz an einen Eisenbahner verkauft. Ob die Verwaltung davon etwas weiß, ist uns vorläufig unbekannt. Es kam aber an den Inspektor ein Brief, der M. ziemlich belasten soll. Da der Brief ohne Unterschrift war, vermutete er auf Leute der Gartenbauverwaltung. Eine Klage beim Schiedsmann brachte ihm keine Rechtfertigung. Sicher ist aber, daß Müde bei der Entlassung bestimmte Leute um das Brot bracht, z. B. die Arbeiterin F., die die Braut eines Kommunisten ist, wie ihm im Wege, weil er auch in dieser unseren Berichtstatter vermutet. Müde hat mal im Garten des Präsidenten gearbeitet, daß er die ganzen Läden ändern könnte und bloß, weil er Tuffsteine nicht den Leuten erzählen kann, was in der Gartenverwaltung alles vorgeht. Demnach muß doch etwas drauß sein. Wir verlangen, daß der Magistrat sofort eine Kontrolle vornimmt! Der Schuldige oder die Schuldigen müssen sofort zur Verantwortung gezogen werden!

Sungerbafeln der Handwerker. Ein erwerbsloser Handwerker schreibt uns: Jeden Tag auf dem Wege zur „Börse“ kommen wir bei der neuen Handwerkskammer vorbei, die auf ihre Fahnen geschrieben hat: „Gott schütze das ehrbare Handwerk.“ Viele gelernter Handwerker, meistens ältere, die schon längere Zeit stempeln gehen und vielfach ausgebeutert sind, können keine Arbeit in ihrem Beruf erhalten. Zum Teil ist das auf den Umstand zurückzuführen, daß die kleineren und größeren Betriebe ein Heer von Lehrlingen einstellen und nur wenige Gesellen beschäftigen. Der alte Spruch: „Handwerk hat goldenen Boden“ ist eine Verhöhnung der erwerbslosen Handwerker. Die Zeit des Handwerks ist endgültig vorbei. Wollen die Handwerker Arbeit und Brot finden, so müssen sie Schulter an Schulter mit den Industrieproletariern für die Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden und darunter kämpfen!

Nanu. Es wird nicht unnützlich sein, zu den Elternbeiträgen darauf hinzuweisen, daß die Schule auch Klame macht. In der Schule I sind die Landarten z. B. mit einem wenigstens 15 Zentimeter hohen Kopf der „Schlesischen Volkszeitung“ versehen. Das Blatt des schlesischen Merus soll also mit aller Raffinesse in die Hirne der Jugend eingeschämmt werden. Im besonderen scheinen wohl die katholischen Schulen Aufträge nur den katholischen Zeitungsdruckern zu geben. Es ist eine Unverschämtheit sondergleichen, daß an den Lehrmitteln eine so schreiende Klame gemacht wird. Arbeitereltern, merkt euch das zu den Elternbeiträgen am Sonntag, dem 24. Juni!

Badeleben. Nun hat endlich die Badezeit, allerdings etwas verspätet, begonnen. Die schaffende Bevölkerung kann nicht, wie ihre Ausbeuter, um diese Zeit alljährlich an die See fahren. Sie muß, ob Winter, ob Sommer, zu Hause bleiben und kann sich hier „erholen“. Beliebte Badeplätze sind: die Badeanstalt der Freien Turnerstaffel, die Städtische Badeanstalt, das Winklmehr und das Strandbad in Czarnowanz. Wir empfehlen erneut der Arbeiterbevölkerung, die Badeanstalt der Freien Turnerstaffel, „Vollbad“, recht lebhaft zu besuchen. Die Badeanstalt ist sehr nett hergerichtet, hat eine günstige Lage, besser als die Städtische Badeanstalt, und es wird jedem Besucher gut gefallen. Die Bürgerlichen sollten in ihrer Städtischen Badeanstalt mehr und mehr unter sich gelassen werden. Am Winklmehr wird, trotz der entfernten Lage desselben, seit Jahren gern gebadet. Männlein und Weiblein, jung und alt stößlich durcheinander. Natürlich hat es von schwarzer Seite schon Stimmen gegeben, welche gegen dieses „zügellose“ Baden gewittert haben. Aber alle diese Mäuler konnten nichts ausrichten. Anders im Strandbad Czarnowanz. Hier besteht eine Verordnung, die männlichen Besuchern das Baden in Badehofen untersagt. Es ist dies nur in Badeanlagen gestattet. Wer keinen Badeanzug hat, muß seinen Oberkörper irgend wie verbeden, damit ja den verrückten Ansichten einiger Philister Genüge getan wird. Es ist an der Zeit, daß diese für Oppeln typische, aber an sich wirklich lächerliche Bestimmung verschwindet.

Generallappell der Roten Front! Am Sonntagvormittag fand nach einer Untergautreffen, die sich mit dem Untergautreffen am 1. Juli beschäftigte, der Generallappell der Ortsgruppe des RFF. statt.

Aufmarsch des RFF. Propagandamarsch und Aufmarsch des RFF. Oppeln nach Königl. Neuborf am Mittwoch, dem 20. Juni. Sammeln abends 7 Uhr am alten Schützenhaus. Die Kapelle hat mit den Instrumenten anzutreten. Alle Karicaden haben zu erscheinen und Uniform anzuziehen.

Versammlungskalender der

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, den 20. Juni: Gemein, abends 7 Uhr in den „Vier Jahreszeiten“ Ortsgruppenmitgliederversammlung der RFF. Mitgliedsbuch der Partei als Ausweis mitbringen.

Sonnabend, den 23. Juni: Schimischow, abends 6 1/2 Uhr im Lokal Bohnia, Mitgliederversammlung. Reiffe, abends 7 Uhr im Lokal Feinrichsbrenn, kombinierte Funktionärshung.

Sonntag, den 24. Juni: Hindenburg, nachmittags 3 Uhr (nicht, wie zuerst gemeindet, amittags) Stabdelegiertenkonferenz von Groß-Hindenburg. Alle Zellen senden auf je 5 abgerechnete Mitglieder einen Delegierten. Alle Mitglieder haben unter Vorlegung des Mitgliedsbuches Zutritt. — Besonders die Aktivistin und Zaborger Genossen werden darauf hingewiesen. Cofel, vormittags 9 Uhr im Lokal Eiche Kreiskonferenz aller Funktionäre und Vertrauensleute. Bobrel-Karl, vormittags 9 1/2 Uhr im Lokal Posamonit Mitgliederversammlung.

Kommunistischer Jugendverband

Hindenburg (auch JSS.) Sonnabend 20 Uhr: Sammeln im Lokal Roth, Paulstraße. Aufmarsch 20 1/2 Uhr nach Breschlebe zur Sonnenmenfeier. — Sonntag 8 Uhr: Sammeln aller Mitglieder, welche am Aufmarsch nicht teilnehmen, am Montagmarktplatz zum Ausflug nach Breschlebe.

Rüffet zum Untergautreffen am 1. Juli in Oppeln!



Sagan

Ernst Ramtke Schuhwaren Replerstr. 55
Artur Bürger Gemüße, Kolonial- und Tabakwaren
W. Scapin, Replerstraße 10 Leder- und Polsterwaren
Schokoladenhaus Dr. Hertner, Replerstraße 60
Wäsche / Bettfedern Carl Ringer, Replerstraße 20
Gustav Lehmann, Sorauer Straße 15 Kolonialwaren :: Lebensmittel
Gm. Meusch, Sorauer Straße 24 Kolonialwaren :: Lebensmittel
Herm. Bentert, Nr. 21 ff. Fleisch- und Wurstwaren
Otto Schulz Sorauer Straße 29 Fahrräder / Nähmaschinen
THIELE & KALBITZ Sorauer Straße 19 Lederhdlg. u. Schuhmacherbedarfartik.
Zur goldenen 34 A. GANTZ Herren- und Knabenbekleidung
Damenputz Maria Gurad :: Rizzaplatz
F. WINKLER Rizzaplatz 1
Restaurant „Zur Weintraube“ Defuca, Ludwigplatz 3 Arbeiter-Verkehrskafel

Prot., Weiß- und Feinbäckerei Paul Bürger, Dorotheenstraße 6
Adolf Sello :: Goldschmied Spezialität: Trauringe :: Porz. 2
MAX APELT / Zigarrenhaus Kornmarkt 41
G. & J. Grohn / Hohe Straße 13 Damenkonfektion, Manufakturwaren Herrenstoffe, Oberhemden
Alfred Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 1 das Haus für gute preiswerte Lebensmittel
ELSE HOFFMANN Stadtwiese 2, nahe der Post Herren-, Damen- und Kinderwäsche
Die Saganer Central-Molkerei empfiehlt sich ihrer werthen Kundschaft
Geht alle ins Central-Isolierwerk dort seht ihr die besten Filme
Fahrräder Nähmaschinen ROBERT RICHTER Replerstraße 31 u. Sorauer Straße 26
Brand & Klaus Elektrizität und Gas Beleuchtungskörper :: Radio
A. Michaels, Ring 33 Wäschehaus Wäsche :: Tricotagen :: Wollwaren

P. Franke Laufgerstr. 122 Möbel- und Bautischlerei
Gelegenheitskäufe in neuen u. geb. Möbeln und Polsterwaren R. Kitor, Niederstr. 36
Naturrauhes Lebensmittel R. Mattern Döbenerstr. 48
J. Wöhe - Brotmarkt 6 Brot- und Weißbäckerei
Feine Fleisch- und Wurstwaren B. H. D. P. P. Niederstraße 60
Fritz Gutsche / Breite Straße 73 Fahrrad- Nähmaschinen, Reparaturwerkstatt
Brot- und Feinbäckerei Fritz Klauke, Niederstraße 41
Korbmöbel - Korbwagen W. Kugel, Berliner Straße 48
Uhren und Goldwaren Ein. Reparaturwerkstatt Leo Bensch, Dorotheenstr. 7
Feine Fleisch- und Wurstwaren G. Adler - Postplatz
Spirituosen kauft in der Probierstube von Alfred Hoffmann, Oberstr. 4
Brot- und Feinbäckerei R. Raumann, Kl. Bergstraße 7a
Otto Ringel, Niederstraße 54 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Milch-, Butter- und Käsegeschäft W. K. K. Inb. Fritz Baumgart Berliner Straße 1
Jungbier zum Selbstfüllen empfiehlt Brauerei Gebauer

Grünberg

G. Gebhardt, Ring 9 Herren-, Knaben- und Berufsbekleidung
Automobil-Fahrschule Bruno Dorn, Automobile, Gogelstr. 34
Ärztlicher Schwarzbier empfiehlt G. Burgbaum, Unt. Fuchberg 17
Paul Mohr, Niederstr. 10 a Groß-Lager an Papier- u. Schreibwaren Buchbinderei - Buchdruckerei
Garbinenhaus P. Sanber, Niederstr. 84 Koffer - Lederwaren - Linoleum Metallbetten
Kaufhaus Bornstein bekannt gute Waren zu niedrigst. Preisen
Rittelmann & Anebel Spezialgeschäft für Haus und Küche
Goldschmied B. Glöner Berliner Straße 70, empfiehlt sein wohlgeschmiedenes Speiseeis
Kunella Gold mit den wertvollen Kunella-Bons allein erhältlich in der Butterhandlung Kunella
W. Grau Damenkonfektion Aussteuerwaren Kleiderstoffe Preiswert und gut
Biergroßhandlung Vinzenz Jansch Engelhardt-Biere sind gut und bekömmlich Aufnahm: Tabakwaren, Zigaretten, Zigarren Niederlage Breite Straße 73 Hof / / / en gros - en detail

Gotthold Gabler, Glaserstr. 5 Wäsche - Schürzen - Strümpfe
Billigste Bezugsquelle von Lebensmitteln L. Pletsch, Alt-Neßler Straße 16
Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt zu niedrigen Tagespreisen Hermann Schulz, Niederstraße 98
Trinkt die wohlbedimmlichen Grünberger Bergschloß-Biere
Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren August Gürnth Breite Straße 1
KARL VÖLKERS Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte, Drahtgeflechte, Berliner Straße 17 - Fernruf 693
Möbel gut und preiswert Friedrich Horlitz Tischlermeister, Pletschstraße 2
Joseph Franz jr., Laubengang Manufaktur-, Wollwaren und Aussteuerartikel

Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschloßchen A.-G.

Haynau Marie Winter, Friedrichstraße 12 Lebensmittelgeschäft
Theodor Pring :: Ring 30 Mode- u. Konfektionswaren
Mag. Schindel, Stodstraße 8 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Otto Wiegand Kolonialwaren, Feinbrot, Zigarren u. Pfeffer
Gebr. Janner, Liegnitzer Straße 31 Fahrräder - Spinnmaschinen und Reparaturwerkstatt
MAX SCHREIBER Stadtbrauerei Zigarrenfabrik
Hermann Stiller Bahnhofstraße 35 Schuhwaren Maß- und Reparatur-Werkstatt

Hirschberg Fahrräder - Motorräder Nähmaschinen h. Schröder, Poststraße 7
Otto Schulz, Fleisch- u. Wurstwaren an den Brüdern 5 u. Gumbertsdorf, Jadenau
H. Bruchmann, Greiffenberger Str. 11 Fleisch- und Wurstwaren
Fleischerei und Wurstfabrik W. Schröder, Linkestraße 28
Rauhhaus Stroff
OTTO SPÜTH & SOHN Sohlen-Ausgleich Bedarfartikel - Lederwaren
Hermann Hirschfeld Textilwaren jeder Art

Neusalz Paul Walter, Berliner Straße 35 Reitwagenfähiges Haus für Radio, Elektrobedarf und Beleuchtungen
A. Stephan :: Freystraße 15 Schuhwaren und Reparaturen
Arbeiterbekleidung nur Qualitätsware Friedel & Grate
Lebende Hülner Friedrichstraße 40 Möbelschleierei - Sargmagazin
Billigste Bezugsquelle für Farben und Lacke Fa. P. Kreidel, Friedrichstraße 30
EMIL WIESNER Berliner Straße 55 Herren- und Damen-Frisier-Salon
ALBERT KUNKE Amststraße 11 Kolonialwaren - Zigarren

Max Jordan Friedrichstraße 30 Herren- und Damen-Konfektion Maß-Anfertigung - Berufsbekleidung
HEINRICH HEINZEL Kleine Gasse 6 Kleider :: Wäsche :: Schürzen Strümpfe Schlofferblusen
Adolf Lehmann Berliner Straße 43 Fahrräder - Nähmaschinen Reparaturwerkstatt - Ersatzteile
Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren und Spirituosen Mag. Süßbach, Berliner Straße 10 Fernsprecher 55
Paul Wille, Berliner Straße 37 Kolonialwaren - Zigarren
A. Henschel :: Markt Schuhwarenhaus - Reparaturen

Fahrräder / Nähmaschinen Spinnmaschinen Werkstätten mit elektrisch. Betrieb für sämtl. Arbeiten, Ersatz- u. Zubehörtelle Gustav John, Mechaniker Bahnhofsstraße 61
Sprossau Verkehrslokal „Zur Altdeutschen“ Inb. Robert Gärtner
Breslauer Konfektionsgeschäft Carl Briniker :: Jüdenstraße
FAHRRADHAUS D. Großmann Jüdenstraße 3
Kolonialwaren :: Lebensmittel Alfons Herda Mühlstraße 7
Billig und gut laufen Sie Herren-, Damen- u. Kinder-Bekleidung, Wäsche, Trikots, Wollwaren u. Berufsbekleidung
Adolf Schindler, Markt 36

Goldberg Herren- und Knabenbekleidung Paul Förster, Ring 17
Modehaus J. Seyfert
Alfred Richter :: Friseurgeschäft Reiferstraße 3
Referiert 100
ZIGARRENHAUS Fritz Gerpolsheimer
August Babus :: Niederstr. 5 Fahrräder - Reparaturwerkstatt
Spezial-Hut-Haus Carl Grobmann
Bunzlau K. Schumann, Sandberger Str. 32 Fleisch- und Wurstwaren
See Döbner :: Nikolaistraße 9 Bekleidungs- u. Damen- u. Herren
Fahrradhaus Hollmann Stadtplatz 16 Fahrräder - Nähmaschinen Reparaturwerkstatt

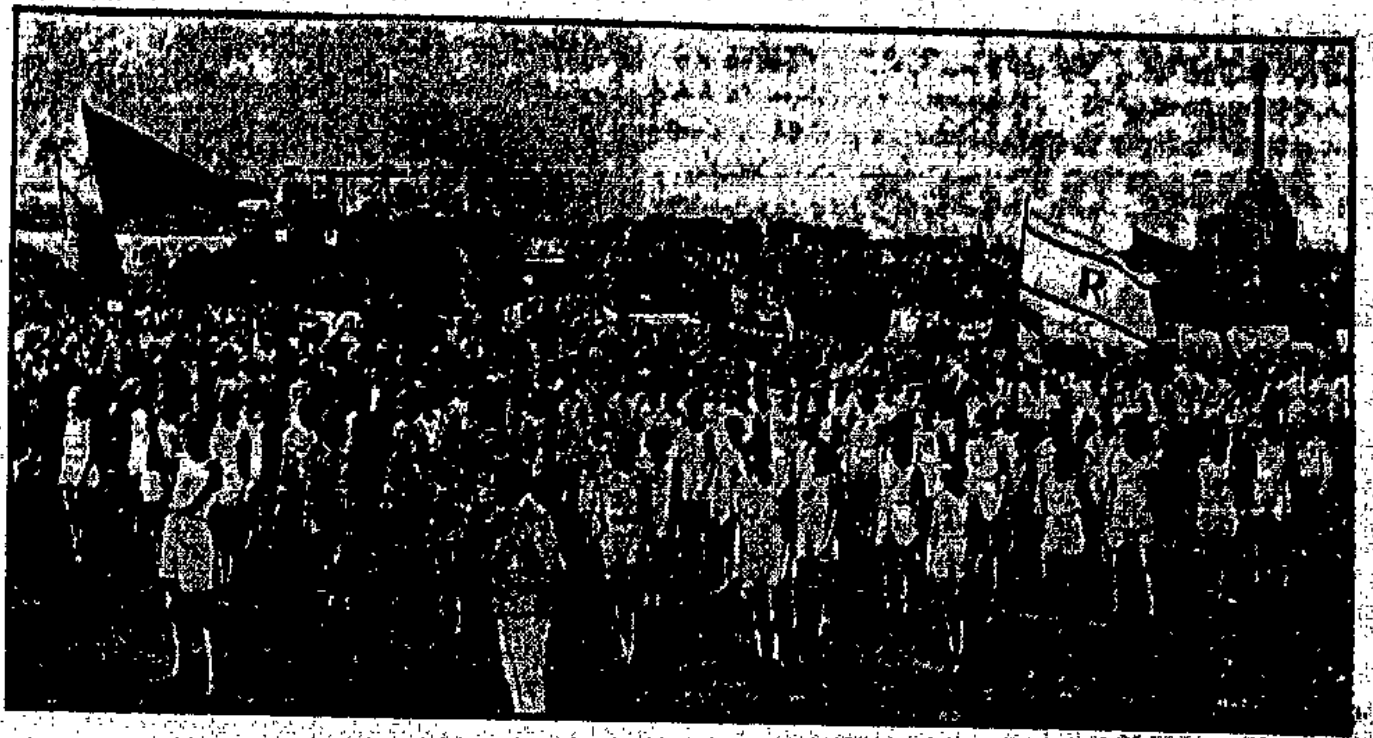
B. L. Parisers Wwe. Haus-, Bett- und Leibwäsche
BEKLEIDUNGSHAUS Inb. Mag. Heber Nichtebergerstraße 22 Herren- und Jünglings-Konfektion Arbeiterberufsbekleidung
H. Hamann / Markt 41 Strümpfe, Handschuhe, Tricotagen
A. STROKOSCH / MARKT Hüte - Mützen
Ernst Wolf :: Mühlgrabenstraße 23 Korb- u. Tischlerei
Mag. Behrendt // Spezialhaus für Herren-, Jünglings- u. Knabenbekleidg.
Hirschberg-Cunnersdorf Erich Schröder Sandberger Straße 60 Fabrik seiner Fleisch- und Wurstwaren
Neusalz M. Zuckermann, Markt 2 Herren-, Knaben- und Berufsbekleidung

Liegnitz Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Stefan Rajewski, Bringenstr. 25
Hans Alce, Mühlstraße 36 Bekleidung aller Art, gebrauchte Möbel, Federbetten, Schuhe
Berliner Fahrradhaus Burgstraße 41 Fahrräder, Ersatzteile, Reparaturwerkstatt
Fahrräder, Spinnmaschinen, Schmelzmaschinen Reparaturwerkstatt Mag. Lamm :: Marienplatz 6
Mag. Kühn :: Schloßstraße 20 Kolonialwaren, Milch, Eier, Butter
G. Hansen Nachfolger Photograph - Bahnhofsstraße 38 L.
Emma Zaleskowsky, Mühlstraße 18 Tragen- und Kolonialwarenhandlung
Emma Rühle :: Mühlstraße 13 Lebensmittelgeschäft
Paul Graf :: Breslauer Str. 1 Spezial-Schuhwarenhaus Reparaturwerkstatt
„Wintergarten“, Beiß, Tige & Ros Angenehmer Familien-Anhalt Jeden Sonntag Tanz

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung Konfektionshaus Bogorshelky Frauenstraße 14
Gustav Blümel, Breslauer Straße 88 Obst- und Gemüsehandlung
Uhren und Goldwaren kaufen Sie gut und billig bei G. Weigelt, Carthausen Straße 29
Willy Rother, Breslauer Straße 33 Kolonialwaren, Wild- u. Geflügelhandlung - Weine und Spirituosen
CARL KRÜGER Weiß-, Wollwaren und Tricotagen Breslauer Straße 21
Max Süßmann Mittelstraße 11 Herren- u. Knabenbekleidung
Max Futen, Ring 9/10 Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren, Putz, Damenkonfektion, Kurzwaren, Strümpfe und Wollwaren

Glogau Bürstenwaren aller Art empfiehlt G. Lindholm, Lange Straße 15
Zigarren :: Zigaretten :: Tabak G. Stobel, Lange Straße 18
Friseur W. Welzel Lange Straße 14
Motor- und Fahrräder :: Nähmaschinen Geniesigen und Ersatzteile J. Rüdiger, Lange Straße 73/74 Reparaturwerkstatt
Brot- und Feinbäckerei G. Lindner, Lange Straße 17 Spezialität: Kommissbrot
Mifa-Fahrräder - Nähmaschinen Spinnapparate Bodenrate 2,50 Mt. G. Weber, Beußische Str. 27 / Grünh. Str. 3 Lange Str. 57 / Neufals: Comeniusstr. 2
Waren-Kredithaus GEBR. METZKER Dom-Steinweg 25
Preiswerte T. bakwaren empfiehlt Ernst Lauterbach Inb. Bernhard Feist Preußische Str., Ecke Mohrenstraße





Reichs-Arbeitersporttag im Stadion in Berlin

(Trotz Sabotage durch die SPD. und trotz heftiger Regengüsse eine imposante Demonstration gegen die SPD. Spalter im Arbeitersport.)

# Kommunistische Anträge im Reichstag

## Fort mit dem Schlichtungswesen!

Der kommunistische Antrag auf Wiederherstellung der Streikfreiheit

In Ausführung des Willens 12 Millionen Kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiterwähler hat die kommunistische Reichstagsfraktion folgenden Gesetzentwurf eingebracht:

„§ 1. Die Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 wird aufgehoben.“

Die vor dem Inkrafttreten der Verordnung vom 30. Oktober 1923 bestehenden Schlichtungsausschüsse, Einigungsämter, Innungen usw. (§ 3 des Art. 3 der Verordnung vom 30. Oktober 1923) bleiben aufgehoben.“

Dieser Gesetzentwurf ist kurz und bündig. Die kommunistische Partei bringt damit zum Ausdruck, daß sie für die Beseitigung der Schlichtungsordnung sowie für Aufhebung aller staatlichen Schlichtungsinstanzen ist. Nur durch Beseitigung des gesamten Schlichtungswesens kann die Streikfreiheit wieder hergestellt werden, die die Arbeiterschaft zurückerobert muß, wenn sie nicht in grauenhafte Verelendung sinken will.

Es ist heute notwendig, der Arbeiterschaft offen und deutlich zu sagen, daß es eine Verbesserung des Schlichtungswesens nicht geben kann. Es ist um so notwendiger, dies auszusprechen, weil die sozialdemokratischen Führer des ADGB wieder dabei sind, die Arbeiter zu täuschen und zu betrügen. Der Bundesvorstand des ADGB läßt zurzeit Anträge auf Abänderung der Schlichtungsordnung ausarbeiten, die er demnächst durch die SPD. im Reichstag einbringen lassen will.

Der ADGB-Vorstand will also den Arbeitern einreden, daß die Schlichtungsordnung zum Wohle der Arbeiter verbessert werden könnte. Eine Verbesserung ist aber zwecklos und trägt nur zur Täuschung der Arbeiter bei. Der Kern der Schlichtungsordnung besteht in denjenigen Paragraphen, die eine Verbindlichkeitsklärung und gefällter Schiedsprüche zulassen. Dadurch wird die Streikfreiheit aufgehoben.

Der ADGB-Vorstand will aber die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung gar nicht beseitigen, sondern er macht nur Abänderungsvorschläge für das Verfahren, das zur Verbindlichkeitsklärung führt. Es ist aber keine Abänderung denkbar, die der Arbeiterschaft die Verbindlichkeitsklärung annehmbar machen könnte. Die Arbeiterschaft besteht auf Wiederherstellung der Streikfreiheit.

Andererseits ist ausgeschlossen, daß die bürgerlichen Parteien auf dem Wege des parlamentarischen Verhandels zum Verzicht auf die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung gebracht werden könnten. Für die Bourgeoisie steht und fällt die Schlichtungsordnung mit der Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung, also mit der Aufhebung des Streikrechts.

Bei dieser Sachlage kann das Schlichtungswesen nur beseitigt werden, wenn die parlamentarische Aktion der Ausdruck des außerparlamentarischen Kampfes ist. Die Arbeiterschaft ist stark genug, durch ihren geschlossenen Kampf die Schlichtungsordnung hinwegzufegen. Wenn die Arbeiter trotz der Verbindlichkeitsklärungen von schlechten Schiedsprüchen in Streit treten bzw. die Streiks weiterführen, wenn sie die Einmischung der Schlichtungsinstanzen ablehnen, wenn sie den Druck auf den Reichstag verstärken, so können sie erreichen, daß das wirkungslos gewordene Schlichtungsgesetz aufgehoben werden muß.

Das ganze kapitalistische Schlichtungswesen muß fallen. Denn nicht nur die Verbindlichkeitsklärung ist eine unerträgliche Fessel, auch der Schlichtungszwang ist ein schweres Hemmnis für die Arbeiterschaft. Schon dadurch, daß die Arbeitervertreter in jedem Konflikt erst zum Schlichter laufen, dadurch, daß die Bewegungen durch endlose Verhandlungen verschleppt werden, haben die Unternehmer große Vorteile in der Hand. Die Unternehmer können rüsten, ihre Vorbereitungen zum Kampf treffen, die Reihen der Arbeiter werden durch die endlosen Verhandlungen, durch die Verschleppung der Bewegungen zermürbt. Der staatliche Schlichtungszwang ist dabei noch verschärft durch das skandalöse Streitreglement des ADGB., das endlich auch fallen muß. Die Arbeiter müssen überall fordern, daß sich kein Gewerkschaftsvertreter mehr an Schlichtungsverhandlungen beteiligt. Durch den Kampf müssen die Unternehmer zu Zugeständnissen gezwungen werden, nur so kann etwas erreicht werden.

## Fort mit den Hungerzöllen!

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902

Artikel 1.

Das Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 in der Fassung des Gesetzes vom 17. August 1925 und den späteren Änderungen wird hiermit außer Kraft gesetzt.

Im Falle der Ablehnung:

Die Reichsregierung zu ersuchen, rechtzeitig vor dem am 31. Dezember 1928 fälligen Ablauf des bestehenden Zolltarifgesetzes einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den für:

- a) die Einfuhr der für die breiten Volksmassen wichtigsten Lebensmittel, wie Getreide, Mais, Reis, Hülsenfrüchte, Fleisch und Geflügel aller Art, Butter, Schmalz, Speck, Milch, Eier, Mehl und sonstige Mäckererzeugnisse,
- b) die Einfuhr von Futtermitteln und Sämereien,
- c) die Einfuhr von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen und sonstigen wichtigen Bedarfsartikeln,
- d) die Einfuhr von Industriewaren des täglichen Massengebrauchs Zollfreiheit festgesetzt wird.

## Für ein großzügiges Wohnungsbauprogramm

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird beauftragt:

1. sofort ein Wohnungsbauprogramm aufzustellen, das bis auf weiteres die jährliche Erstellung von 360 000 Neuwohnungen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände und wirklich gemeinnützige Baugenossenschaften sicherstellt;
2. die Finanzierung dieses Wohnungsbauprogramms sicherzustellen durch:
  - a) Schaffung reichsgesetzlicher Vorschriften, wonach das gesamte Einkommen an Hauszinssteuer, solange sie besteht, für den Wohnungsbau zu verwenden und den Gemeinden und Gemeindeverbänden zinslos zu überlassen ist;
  - b) Heranziehung aller verfügbaren über den Eigenbedarf hinausgehenden Mittel der Sozialversicherung zu möglichst niedrigem Zinssatz;
  - c) Aufnahme langfristiger Anleihen, deren Verzinsung aus allgemeinen Reichsmitteln, nötigenfalls durch eine Zweckbesteuerung der großen Einkommen und Vermögen zu erfolgen hat.

## Serabhebung der Wohnmiete auf 100 Prozent

Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der gesetzlichen Miete

§ 1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 11. März 1927 wird aufgehoben.

§ 2. Paragraph 3 des Gesetzes über den Geldwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken in der Fassung vom 1. Juni 1926 erhält folgende Fassung: „Die gesetzliche Miete beträgt einheitlich für das Reich 100 Prozent der Friedensmiete.“

§ 3. Die festgesetzte Miete darf nicht durch Steuernmaßnahmen der Länder und Gemeinden überschritten werden.

## Baden gegen Amnestie

Ul. Ruckstuhl, 19. Juni. Im Badischen Landtag wurde am Dienstag ein kommunistischer Antrag auf Erlass einer Amnestie für politische Gefangene zur Beratung gestellt. Namens der badischen Regierung erklärte Generalstaatsanwalt Dr. Saffner, daß die

badische Regierung aus sachlichen Gründen den Erlass einer Amnestie ablehne, weil sie darin eine schwere Gefährdung des Rechtsempfindens weiter Bevölkerungskreise und eine starke Gefährdung der Staatsautorität erblicke. Außerdem sei die Regierung der Ansicht, daß das Reich zur Erlassung einer Amnestie, die in die Justizhoheit der Länder ergreife, nicht zuständig ist.

## Gegen neue Verschleppung der Amnestie

Kommunistische Reichstagsfraktion fordert sofortige Einberufung des Rechtsausschusses

Wie mir erfahren, hat die kommunistische Reichstagsfraktion durch den Genossen Stoedter an den Reichstagspräsidenten Lobe erneut das dringende Ersuchen auf sofortige Einberufung des Rechtsausschusses gerichtet.

Dieselbe Forderung stellte Genosse Stoedter bekanntlich bereits in der letzten Reichstags Sitzung im Anschluß an die Amnestieebatte, worauf Lobe sie mit der nichtsfagenden Erklärung beantwortete, daß der Rechtsausschuß erst einberufen werden könne, wenn die Parteien ihre Vertreter benannt hätten. Daß der Rechtsausschuß bis heute noch nicht zusammengetreten ist, zeigt, welche Tendenzen im Reichstag hinsichtlich der Amnestie vorhanden sind.

Nachdem das Plenum des Reichstages den kommunistischen Amnestiegesetzentwurf samt den übrigen diesbezüglichen Anträgen dem Rechtsausschuß überwiesen hat, besteht die allergrößte Gefahr, daß der Reichstag — falls der Regierungskühhandel in den nächsten Tagen klappen sollte — nur zur Entgegennahme der Regierungserklärung noch einmal zusammentritt, um sich dann auf endlose Monate Erholungsferien zu gönnen. Wenn bis dahin der Rechtsausschuß die Amnestie nicht durchberaten hat, würden die Gegner der Amnestie die schönste Gelegenheit finden, um diese wiederum auf „kaltem Wege“ zu verschleppen.

Soetz, Margies sowie alle anderen proletarischen politischen Gefangenen, darunter die in den schlesischen Kerker schmachtenden Genossen Heud und Schwitalla, müssen umgehend befreit werden. Unserm Genossen Heud, der seit 1924 von Zuchthaus zu Zuchthaus verschleppt wird, und fast vier Fünftel der ihm zubilligten Strafe verbüßt hat, ist der übliche Drittelverlaß sowie jede Erleichterung verweigert worden, obwohl ihm selbst die Klassenrichter die Ueberzeugungstätigkeit zubilligen mußten. Bei allen Amnestien wurde unser Genosse übergangen, dafür wurde er dauernd im Arreife gequält. Nun Schluß mit dieser Schmach! Die Betriebe müssen ihre Stimme erheben und fordern:

Heraus mit unseren Klassenbrüdern! Nieder mit den Saboteuren der Amnestie!

Klassengenossen, nehmt in Delegationsversammlungen zu der Amnestiesabotage Stellung. Setzt die Saboteure der Amnestie unter euren Druck. Den Herren Landsberg und Lobe muß der Schrei nach der Befreiung unserer gefangenen Kampfgenossen tausendfach in die Ohren gellen!

Verbindlichkeitsklärung des Schiedsprüches für Bergbauangestellte. Ul. Essen, 18. Juni. Der Reichsarbeitsminister hat die beiden in der Arbeitszeit- und Gehaltsfrage für die technischen Bergbauangestellten des Ruhrreviers vom Schlichter gefällten Schiedsprüche für verbindlich erklärt.

Dr. Beneš in Bukarest eingetroffen. Ul. Bukarest, 20. Juni. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš ist am Dienstag mit seinem Gefolge in Bukarest eingetroffen und wurde von Außenminister Titulescu empfangen.

Erdbebe im Mittel-Rheingebiet. Ul. Koblenz, 20. Juni. Am Dienstagabend um 22.23 Uhr wurden im gesamten Gebiet des Mittel-Rheins zwei heftige Erdbebe verspürt. Der erste Stoß dauerte etwa zwanzig Sekunden, dem nach einer halben Minute ein weiterer Stoß von kürzerer Dauer folgte. Nach bis jetzt vorliegenden Meldungen wurden diese Erdbebe am stärksten in den am Rhein liegenden Städten und Dörfern und in der Vorderpfalz verspürt. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Im Gerichtssaal niedergebrosen. Wien, 19. Juni. Vor einem Bezirksgericht in Wien-Giezing hat sich ein schreckliches Journalistendrama abgespielt. Der von dem „Neuen Wiener Journal“ vor längerer Zeit entlassene Redakteur Oscar Böffel hat seinen früheren Redaktionskollegen Bruno Wolf während der Gerichtsverhandlung durch drei Revolverschüsse getötet. Böffel hatte gegen Wolf eine Ehrenbeleidigungsklage eingebracht und scheint befürchtet zu haben, daß er unterliegen würde.







Beschlüsse des Provinzialausschusses

Der Provinzialausschuss genehmigte in seiner Sitzung am 15. d. M. die vorliegenden Pläne für das neue Kindererziehungsheim in Jannowitz i. Hgb. Der Provinzialausschuss gelangte nach eingehender Ermägung zu dem Beschlusse, den in Aussicht genommenen Bau einer Anstalt für geisteschwache und epileptische Kinder auf 1 Jahr zu verschieben, jedoch den Landeshauptmann zu ersuchen, die Vorarbeiten für den Bau weiter zu fördern, so daß gegebenenfalls im Frühjahr 1929 sofort mit dem Bau begonnen werden kann.

Nach Entgegennahme eines Berichtes über die Hochwasserschäden und eingehender Erörterung beschloß der Provinzialausschuss, sich grundsätzlich mit einer Beteiligung der Provinz an einer etwaigen staatl. Aktion für Unwettergeschädigte unter Vorbehalt späterer endgültiger Entscheidung zu beteiligen, wobei jedoch die Bewilligungen auf die Fälle zu beschränken sein werden, in denen die Betroffenen durch das Hochwasser der Gefahr ausgesetzt sind, in kurzer Zeit in ihrer wirtschaftlichen Existenz verfallen zu werden.

Die Beschlüsse des Provinzialausschusses sind, soweit sie die Entschädigung für die Hochwasserschäden anbelangen, vollständig genehmigt. Es muß schärfster Protest dagegen erhoben werden, daß die Entschädigung erst dann gezahlt werden soll, wenn der Kleinfahrer sich in der Gefahr befindet, seine Existenz zu vernichten. Wir fordern vielmehr volle Entschädigung für alle Kleinfahrer, Gewerbetreibenden und Arbeiter. Die Staffeln der Entschädigung muß nach der Beschaffenheit und im Einvernehmen mit den Geschädigten-Kommissionen erfolgen.

Immer neue Reinfälle der Justiz

Es scheint, als ob der neue Feldzug der Staatsanwaltschaft gegen die „Arbeiter-Zeitung“ recht fruchtlos im Sande verlaufen sollte. Wie wir bereits vor einigen Tagen mitteilen konnten, mußte die Staatsanwaltschaft ein gegen unseren Redakteur, Genossen Dombrowski, eingeleitetes Verfahren wegen „Aufforderung zum Ungehorsam“ einstellen. Auch in zwei weiteren Untersuchungen, die gegen den Genossen Thomas eingeleitet waren, der „militärische Geheimnisse verraten“ und durch die Veröffentlichung einiger Hohenzollern-Familienbriefe, „Moral und Sittlichkeit verleitet“ haben soll, ist nunmehr die Einstellung der Verfahren erfolgt.

Werbefliegen der Arbeiterschützen

Im Rahmen der Reichs-Arbeiter-Sport-Tage veranstalten die Arbeiterschützen am morgigen Donnerstag von 15-19 Uhr im Schießwerder auf den städtischen Schießständen ein Werbefliegen. Jedem über 17 Jahre alten organisierten Arbeiter ist dadurch einmal Gelegenheit gegeben, seine Kunst im Schießen zu erproben. Geschossen wird mit Großkaliber auf 175 Meter Entfernung 20er Ringelhebe. Es kosten drei Schuß 60 Pfennige, mit

Wir veröffentlichen im Nachstehenden eine Zuschrift, die unseren ersten Artikel „Stätten des Breslauer Wohnungselends“ unterstreicht. Sie betrifft die Zustände im Obdachlosenasyl. Wir erwarten, daß die Zeilen genügen, eine Milderung der unhaltbaren Verhältnisse herbeizuführen.

Neun Familien in einem Tagesraum im Asyl

Die Zustände im Obdachlosenasyl sind katastrophal. Die Schlafsäle auf der Schußbrücke sind fast überfüllt. 50 Mann schlafen in einem Raum auf blankem Strohsack. Mitunter müssen sogar zwei zusammenschlafen. Er wimmelt vor Ungeziefer. In den Frauenküchen ist durch das viele Kindergeschrei an ein Schlafen überhaupt nicht zu denken. Fröhmorgens werden alle Familien rausgeworfen. Ganz gleich, ob es in Strömen gleißt, müssen sie mit Kind und Kegel auf die Magazinstraße in die Tagesräume wandern. In den Tagesräumen sind die Zustände noch schlimmer. Dort hausen in

einer einstufigen Stube neun Familien mit kleinen Kindern.

und in der anderen Stube sogar zehn Familien. In der Stube befinden sich zwei Tische und vier Bänke. Regale und Schränke für Geschirr und Kleider sind nicht vorhanden. Selbst Nägel dürfen nicht in die Wand geschlagen werden, so daß sich alles auf der Erde herumstellen muß. Für neunzehn Familien ist ein einziger kleiner Ofen 50 mal 50 Zentimeter vorhanden. Auf diesem sollen nun die neunzehn Familien Essen kochen, Wäsche kochen und Milch und Badewasser für die kleinen Kinder heißmachen, was natürlich unmöglich ist, so daß die meisten Familien an ein warmes Mittagessen überhaupt nicht denken können. Man stelle sich diese Räume im Obdachlosenasyl an einem heißen Tage vor, wo jeder Mensch froh ist, in ein kühles, luftiges Zimmer flüchten zu können. Und diese Räume sind vollgepfropft von Menschen mit kleinen Kindern, Kleibern, Geschirr, Kinderwagen und schmutzigen Windeln. Wir leben wirklich in einem „aktivierten“ Staat. Wir haben auch Jugend- und Gesundheitsämter... Auch Reichsgesundheitswochen finden statt, in denen Vorträge gehalten werden, daß Licht, Luft und Sonne notwendig sind zur Gesundheit des Menschen, daß Kinder einen luftigen Raum und viel Schlaf brauchen usw. Man sehe sich die Praxis im Obdachlosenasyl an, wo die Menschen, die keine Wohnung haben, schlimmer wie die Tiere zusammengepfercht sind, wo die Ehepaare getrennt sind,

und wo die armen Kindern jegliche frische Luft und gesunden Schlaf entzogen müssen. Wie lange noch, ihr Verklägten, wollt ihr das mit ansehen?

Das Wohnungsamt ermittelt!

Der Arbeiter Gustav Schaff wurde aus seiner Wohnung Matthiasstraße 181 vom Wohnungsamt auf die Straße geworfen. Die kleine Stube, die er bewohnte, hatte er damals ohne Wohnungsamt bezogen. Jetzt ist sie einem andern überlassen worden und der Arbeiter war gezwungen, mit seiner Familie ins Obdachlosenasyl zu ziehen. Die Familie besteht aus vier Personen: Mann, Frau, der neunjährige Bruder des Mannes und ein kleines Kind. Außerdem ist die Frau schwanger. Sein Antrag auf eine Wohnung wurde vom Wohnungsamt abgewiesen, trotzdem der Arbeiter schon drei Jahre in die Wohnungsliste eingetragen ist. Wie oft werden nicht nur Wohnungen ohne Genehmigung des Wohnungsamtes bezogen, sondern sogar zu Wucherpreisen verschachert. Und wer bezahlen kann, der kann heute nicht nur eine, sondern zehn Wohnungen bekommen. Darum kümmert sich das Wohnungsamt nicht, diese Leute wird es auch nicht auf die Straße setzen. Doch mit einem Arbeiter glaubt man eben alles machen zu können. Dem nimmt es sogar das einzige Loch noch weg, was er bewohnt, ohne daran zu denken, ihm eine andere Wohnung zu beschaffen.

Hören Sie, Herr Wohnungskommissar!

Während auf der einen Seite die Wohnungsnot immer kräftiger Formen annimmt und die Verzweiflungsrufe der jahrelang Wohnungslosen immer dringender werden, ist doch die unerhörte Tatkraft zu verzeichnen, daß Wohnungen monatlang leer stehen. Das ist zum Beispiel der Fall in dem Grundstück Mariannenstraße 13, wo bereits seit März dieses Jahres zwei Wohnungen unermietet sind. Der Wohnungskommissar hat hiermit auf diese Tatkraft aufmerksam gemacht. Wir erwarten, daß die betreffenden Wohnräume beschlagnahmt werden, da von verschiedenen Seiten beklagt wird, daß sie sonst Leuten zugewandt werden, die zahlen können, und die wirklich Bedürftigen leer ausgehen.

„Leider nicht möglich...“ Zu unserem Artikel „Wohnungselend“, der den Fall des Arbeiters F. betraf, teilt uns das Wohnungsamt mit, daß es leider nicht möglich ist dem F. eine Wohnung zuzuwenden, er muß sich vielmehr als Einzelperson als Untermieter unterbringen.

Kleinkaliber auf 50 Meter Entfernung 10er Ringelhebe zum Preise von 20 Pfennig für fünf Schuß. Versuche es deshalb einmal ein jeder mit diesem Sport.

Falsche Zehn- und Zwanzig-Mark-Scheine in Breslau. Es mehren sich die Fälle, in denen es fälschern und ihren Helfershelfern gelingt, falsche Reichsbanknoten abzugeben. In erster Linie werden mittlere und kleinere Gewerbetreibende geschädigt. Die falschen Noten zu 20 Reichsmark sind leicht erkennbar an der unreinen und schlechten Ausführung des Frauenkopfes. Das Gesicht erscheint gegenüber den echten Noten auffällig hart und alt. Ein weiteres Kennzeichen für diese Noten ist der auffällig stark geriffelte Schaurand. Die falschen Reichsbanknoten zu 10 Mark sind so schlecht, daß die Verbreiter sich fürchten, sie offen hinzulegen. Sie werden deshalb gewöhnlich mehrfach gebrochen oder zusammengefasst auf den Ladentisch gelegt. Man achte bei diesen Scheinen ganz besonders auf den Schaurand. Die Wiedergabe des männlichen Kopfbildnisses ist grob, mangelhaft, die Beschaffenheit des Papiers ist fühlbar seifig und wachsig und läßt den Schaurand stark glänzend erscheinen. Die Reichsbank hat für die Festnahme der Fälscher und Falschgeldverbreiter eine Belohnung bis zu 3000 Reichsmark ausgesetzt.

Achtung, Steinmehnen und Marmorhelfer von Breslau! Die Parteien haben sich geeinigt. Mithin ist die Sperre über die Firma Borgoli, Lohstraße 75, aufgehoben. — Die Ortsverwaltung.

Erleichtertes Ein- und Aussteigen bei der Straßenbahn. Das Preisamt teilt mit: Um einerseits langgehegten Wünschen des Publikums entgegenzukommen, andererseits das Ein- und Aussteigen an den Haltestellen möglichst zu beschleunigen, wird im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten vom 20. Juni dieses Jahres ab versuchsweise in den Sommermonaten den Fahrgästen gestattet, an den Haltestellen der Straßenbahn sowohl die vordere als auch die hintere Plattform zum Ein- und Aussteigen zu benutzen. Da die Schaffner an den Haltestellen sich bestimmungsgemäß auf der hinteren Plattform aufhalten müssen, werden die Fahrgäste ersucht, beim Ein- und Aussteigen

unter Benutzung der vorderen Plattform die vordere Wagentür selbst zu öffnen und zu schließen. Am Zugluft zu vermeiden, ist die vordere Wagentür jedoch erst zu öffnen, wenn der Wagen zum Halten gekommen ist. Einen Selbstmordversuch unternahm die 24 Jahre alte Klara L., indem sie versuchte sich durch Luminoletabletten zu vergiften.

Erwerbslose Parteigenossen und NSD. Kameraden! Heute Mittwoch 15 Uhr im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, Wichtige Sitzung. Alles hat zu erscheinen.

Versammlungskalenar

- Kommunistischer Jugendverband Breslau. — West. Mittwoch 20 Uhr im Angerheim, Leuthenstraße 72, Spielabend. Spiele mitbringen. Gäste willkommen. — Süd. Mittwoch 20 Uhr Heimabend bei Reimann, Neue Antonienstraße 2. — Nord. Donnerstag 19.30 Uhr bei Rüdiger, Trebnitzer Straße 56, Mitgliedsbuch und Beitrag mitbringen! Jung-Spartakus-Bund Breslau. — Nord. Donnerstag 17-19 Uhr Heimabend, „Stadt Namslau“, Matthiasstraße 212. — Süd-Zentrum. Mittwoch 17-19 Uhr Heimabend bei Jonte, Friedrichstraße 41. Roter Frontkämpfer-Bund Breslau. — Abt. 2. Mittwoch 20 Uhr Funktionärsitzung bei Köster, Wierth. — Abt. 2. Donnerstag von 19-21 Uhr Ueben der Kapelle. — Abt. 4. Jungfront. Heute abend Versammlung bei Jonte. — NSD. Süd-Zentrum. Mittwoch 19.20 Uhr Kameradschaftsabend bei Wind, Mariannenstraße 16. Gäste willkommen. Freiburg. NSD. Mittwoch 19.30 Uhr im „Grünen Baum“ Versammlung. Referentin anwesend.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater Von Sonnabend, den 16. 6. bis Sonnabend, den 23. 6. Täglich 20 Uhr. Saisonausverkauf 1928 Revue. Texte von Paul Varnay und Carl Zehr. Musik von Harry Kalton.

Thalia-Theater Von Sonnabend, den 16. 6. bis Sonnabend, den 23. 6. täglich 20 Uhr. Der letzte Schleier Ein Stück in 3 Akten von G. W. Wheatlen.

Stadttheater Breslau

(Opernhaus) Mittwoch, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie B 22 Die Hebe Donnerstag, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie E 22 Rignon Freitag, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie C 22 Der Freischütz Sonnabend, 19.30 Uhr Schließ-Vorstellung Carl August Neumann Von Sonnabend, 19.30 Uhr Die Sabin

Schauspielhaus Breslau Operettenbühne. Telefon Nr. 36300

Die singende Venus

Blandleihhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21. Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Arbeiter, Angestellte Dorotheengasse 16/18

verkaufe freihändig nur kurze Zeit spottbillig zu Lapppreisen Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe von vorm. 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr Arnold Hänflin Taxator und Auktionator

Amtl. Bekanntmachung von Weißstein

Auszahlung der Sozial- und Kleinrentner-Unterstützung. Die Auszahlung der Sozial- u. Kleinrente erfolgt für die Stammgemeinde Weißstein sowie für den Ortsteil Neusalzbrunn am Donnerstag, den 21. Juni vormittags 9 Uhr, in der hiesigen Gemeindehauptkassa. Weißstein, den 18. Juni 1928. Der Gemeindevorsteher. Herzig

Amthche Bekanntmachung von Seitendorf

Sonntag, den 24. Juni 1928 Wahl des Elternbeirats an der evangelischen Schule Wahlzeit: 9-11 Uhr Wahllokal: Evang. Schule, Kl. 1 1. Wahlvorschlag (Kennwort Schulfortschritt) 1. Paul Krause 2. Karl Beck 3. Hermann Schneider 4. Heinrich Rolke 5. August Schubert 6. Ray Bölle 7. Paul Ull 8. Paul Jähmann 9. Gustav Rolke 2. Wahlvorschlag 1. Friedrich Rasche 2. Reinhold Börsig 3. Oswald Gante 4. Martha Rothe 5. Richard Klein 6. Julius Hämel 7. Felix Vogel Der Wahlvorstand: J. U. Rasche

Inserate

haben in unserer Zeitung

besten Erfolg

An unsere Leser!

Die neue Feuerungswelle, die jetzt auf allen Gebieten zu spüren ist, geht auch an der Zeitung nicht spurlos vorüber.

Seit der letzten Festsetzung des Abonnementspreises der „Arbeiter-Zeitung“ wurden erhöht:

- 1. Die Druckpreise (mehrere Male!) 2. Das Wort 3. Der Umfang der Zeitung (Wochenausgabe!)

Außerdem steht eine Papierpreiserhöhung nicht bevor. Wir erhalten keine Staats- und Normalgelder. Wir sind ein Arbeiterorgan.

Deshalb ist der Verlag leider gezwungen, eine Erhöhung des Abonnementspreises vorzunehmen

Die „Arbeiter-Zeitung“ wird in Zukunft kosten: Für Schließ 2,00 Mk. wöchentlich. Für Oberlieferung 1,00 Mk. halbmöndlich. Für Postbeleger 2,00 Mk. pro Monat. Unter Streifenband 3,00 Mk. pro Monat.

An alle Leser, Freunde und Genossen richten wir die Bitte, ihrem Kampforgran die Treue zu wahren.

Der Verlag



# Waldenburger Bergland

## An unsere Arbeiterkorrespondenten!

In einer am Sonntag in Breslau stattgefundenen Konferenz be-mängelte ein Waldenburger Genosse die Ausgestaltung des Walden-burger lokalen Teiles.

Wie kann dem Mangel abgeholfen werden?

Durch eifrige Berichterstattung!

Es ist weit über die Grenzen Schlesiens bekannt, daß wir gerade im Waldenburger Kohlenrevier eine Reihe äußerst eifriger und politisch kluger Arbeiterkorrespondenten haben. Die Arbeiterkorre-spondenten sind es, die als erste an die Verbesserung des lokalen Teiles herangehen müssen. Meldungen über gefährzte Werke und sonstige politische belanglose Dinge erhält die Redaktion auch von den Zeitungskorrespondenzen, aber das, was unsere Leser, die Ar-beiter, am meisten interessiert:

Berichte aus dem Arbeiterleben, von den Ausbeutungsfällen, von dem Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter und ihre Helfers-helfer, von den Schandstaten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie ujm.

diese Berichte können uns nur die Arbeiterkorrespon-dent:n beschaffen.

Arbeiterkorrespondenten, Augen auf!

Jeder tücht!

Schreibt!

## Groß-Waldenburg

### Genosse Stoll, Stadtrat a. D., Berlin

Am Donnerstag, dem 21. Juni, in Waldenburg im „Eckstein“ und Freitag, dem 22. Juni, in Altwasser im „Weißen Hof“ über „kommunalpolitische Fragen“. Der Haus-haltplan der Stadt Waldenburg soll nächste Woche verabschiedet werden. Er bringt neue Lasten für Arbeiter und Mittelstand. Steuern und Abgaben sollen erhöht werden. Keine Mittel für Erwerbslosse, Sozialrentner, Kleinrentner. Keine Mittel für den Wohnungsbau. Auf der anderen Seite hat es Geld für Polizei, Oberbürgermeister-villen, ungeheure Gehälter für die hohen Magistratsmitglieder ujm.

Befucht die Versammlungen und protestiert gegen diese Politik, die dem, der viel hat, noch mehr gibt und die anderen verhungern und in elenden Wohnungen verkommen läßt.

Beginn der Versammlungen um 7,30 Uhr.

### Reichs-Arbeiter-Sporttag

Das Arbeiterpartei-Waldenburg schreibt uns: Die Arbeiter-sportler begeben geschlossen am 24. Juni ihr Jahresfest, den „Rast“-Kaschauer, Turner, Kraftsportler, Schwimmer, Fußballer, Natur-

freunde, Schachspieler und Samariter arbeiten Hand in Hand und werden ihr Bestes an diesem Tage bieten. Der Zweck aller Sportarten ist körperliche und geistige Erfrischung und Beweglichkeit mit dem Ziele „Der freie Arbeiter“. Bereits Sonnabend um 17 Uhr beginnt das Leben. Der 23. Juni ist der „Kindertag“ mit leichtathletischen Wettkämpfen und Fußballspielen der Kinder. Sonntag sind die Ar-betersportler von 7-19 Uhr im Stadion tätig zu finden. Der Fest-zug beginnt 18 Uhr von der Friedländer Straße und fährt durch Altwasser ins Stadion. Bei den Nachmittagsdarbietungen ist für unseren Ort neu ein Leben des Schachspiels. Beim Fußballspiel treten sich Breslau S. und Waldenburg gegenüber. Die Kraftsportler haben als Gegner Liegnitz. Turnersche Massen- und Sonderdar-bietungen, Radreiten, Stafetten, 1500- und 3000-Meter-Lauf und ver-schiedene Ballspiele sowie Bogenschießen und Judo-Vorführungen bieten Vielseitigkeit und ein bewegtes Leben. Die Schwimmer treiben ihren Wassersport mit reichhaltigem Programm von 15-17 Uhr. — Wir bitten deshalb alle Volksgenossen, besonders jeden Sportsfreund, das Stadion am 23. und 24. Juni zu besuchen. Dieser Tag gehört den Arbeitersportlern. Alles Nähere im Inferrat, welches in den nächsten Tagen erscheint.

Die Unterbezirks-Delegiertenkonferenz der UBD. Waldenburg findet am Sonntag, dem 24. Juni, um 14 Uhr in Waldenburg im „Eckstein“ statt. Die Delegierten müssen pünktlich und vollzählig er-scheinen, damit die wichtige und reichhaltige Tagesordnung erledigt werden kann. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Unterbezirksleitung.

Wüstegiersdorf, Arbeitersport. Am Sonntag kam auf dem hiesigen Sportplatz das Freundschaftsspiel zwischen Wüstegiersdorf und Weisklein im Handball zur Austragung. Die vielen Zuschauer konnten diesmal ein schönes und flottes Spiel sehen. Weisklein hatte in der ersten Halbzeit die Führung und konnte den Wüstegiers-dorfern ein Tor reinjagen, doch in der zweiten Halbzeit wendete sich das Blatt. In kurzer Zeit hatte Wüstegiersdorf das erste Tor ge-schossen. Der Mut stieg, und am Ende des Spieles konnte 4:1 für Wüstegiersdorf gebucht werden.

## Jauer

Kraubüberfall auf der Landstraße. Auf der Chaussee Jauer-Liegnitz fand man am Sonnabend gegen 10 Uhr den 25 Jahre alten Schmied Alfred Kreschmer aus Pöschwitz im Straßengraben mit durchschnittener Kehle auf. Offenbar handelt es sich um einen Raubmord, da 30 Mark, die der Ueberfallene bei sich hatte, fehlten. Im Krankenhaus ist er seinen entsetzlichen Verletzungen erlegen. Bevor ihm der Tod den Mund schloß, konnte er noch mitteilen, daß er von zwei Unbekannten mit dem Messer niedergestochen worden war.

# Niederschlesien

## Görlitz

Die Görlitzer Mäder melden sich!

Wir lesen im „Görlitzer Anzeiger“ unter „Einheimischem“ einen Bericht der Kreisynode Görlitz 1. Es würde sich nicht lohnen, dar-auf einzugehen, wenn nicht ein „Protest gegen die jegliche Frauen-leidung“ in einer Entschließung niedergelegt wäre. Am meisten hatte es den versammelten Heiligen die Sportleidung angehen. Die Ent-schließung hatte folgenden Wortlaut:

„Die Kreisynode fühlt sich gedrungen, ihre warnende Stimme zu erheben gegen die mehr und mehr ausartende, die Schamhaftig-keit gefährdende Mode der Frauenleidung. Sie bittet Eltern und Erzieher dringend, alles zu tun, daß das Gefühl für Sittlichkeit und Schamhaftigkeit gehärtet werde, um den Auswüchsen der Mode entgegen-zutreten. 2. Kreisynode beauftragt ihren Vorstand, die Görlitzer Säufelung auf den Anstoß aufmerksam zu machen, welcher dadurch entzündet ist, daß gelegentlich bei der Kulturwoche festgelegten Schauturnens Hunderte von Mädchen gezwungen worden sind, für den Straßenverkehr unangemessen belleidet (!) zu ihren vom Sportplatz entfernten Ablogerräumen einzeln zurückzukehren, und sie zu bitten, Vorkehrungen gegen die Wiederkehr dieser Vorgänge zu treffen.“

Wahrlich, eine feine Entschließung, die aber den Verfassern und den Mitgliedern der Synode nur ein mittelbares Lächeln ob ihrer Rückständigkeit einträgt. Diese Moralhüter der Sittlichkeit tun einem wirklich leid, wenn sie nicht einmal Mädchen im einfachen Sporttrikot sehen können, ohne auf andere Gedanken zu kommen. Warum wurden die Mädchen anlässlich der Kulturwoche zum Schau-turnen herangezogen, wenn durch ihr Auftreten die Sittlichkeit und Schamhaftigkeit dieser „moralisch“ hochstehenden Personen verletzt wurde? In jenseitiglicher Stimmung und hinter verschlossenen Türen sehen die Moralhüter die „Damen“ am liebsten in der neuesten Mode (nicht wahr: „Aermel ohne Leib“?), aber in der Öffentlichkeit nehmen sie Anstoß an der Leichtigkeit und praktischen Turnleidung. Doch lassen wir diesen Mädern den „Merger“, da sie sich sonst den Kopf zerbrechen müßten, über was sie sich bei ihren Zusammenkünften unterhalten sollen. Mögen sie sich noch so sehr entziehen, der freie Sport und die gesunde Sportleidung wird ihren Formarsch, den „Moralhüter“ zum Trotz, auch unter den Frauen siegreich durchzuführen. Arbeiterleben! Schickt eure Kinder, ob groß oder klein, in die Arbeiter-Lern- und Sportverbände, damit sie nach des Tages Mühen und schwerer Arbeit in den aufstehenden Fabrikräumen an die frische Luft kommen und zu tüchtigen gesunden Kämpfern für das Proleta-riat erzogen werden.

In den Straßen des Kleingewerks. Was die Spazier schon seit Wochen von den Dächern pfliffen, hat nun seine offizielle Befestigung gefunden Paulchen Weh, Inhaber einer kleinen Oetische mit dem hochtrabenden Namen „Jadefabrik- und Gewerbebedrucker“, macht platte. Der „Reue Görlitzer Anzeiger“ veröffentlicht in seiner letzten Sonntagsummer eine Bekanntmachung des Amtsgerichts, die besagt: „Ueber das Vermögen der Firma Paul Weh, Görlitz, Fabrikstr. 13, alleiniger Inhaber, Kaufmann Paul Weh, Görlitz, Prager Straße Nr. 101 a, wird am 15. Juni 1928, 8,15 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.“ Den Lesern der „Arbeiter-Zeitung“ stellen wir Herrn Weh schon ein-mal im Februar 1928 vor. Er war damals Direktor des deutsh-nationalen Blattes, propagierte einen Streik mit dem Zwecke, die freiwirtschaftlichen Arbeitnehmer des Betriebes auszunutzen, um sich Platz für seine persönlichen Lieblinge zu schaffen. Viele Leute brachten er aus Lohn und Brot. Bald wurde er selbst zum Teufel gejagt und gründete im Herbst 1928 mit einem Maschinenmeister eine Druckerei. Dieser rief aber bald den Braten und war detart von Paulchens Konsumwahnern überzeugt, daß er aus der Firma aus-schleudert und so seine Spargroschen retten konnte. Gar oft wird Herr Weh auf dem Dache, wie schon es damals war, aus dem Fenster

der behaglichen Siebenzimmerwohnung zu schauen und sein fettes Monatsgehalt einzustreichen. „Behüt dich Gott, es war“ so schön ge-wesen....!“ Herrliches Weisheit!

### Achtung!

Am Sonntag, dem 24. Juni, findet vormittags 9,30 Uhr im „Eckstein“ die Unterbezirksdelegiertenkonferenz der UBD. statt. An dieser Konferenz müssen sämtliche Delegierten der Zellen und der Ortsgruppen bestimmt teilnehmen.

## Lauban

Kreisratsitzung Lauban. Punkt 1 der Sitzung vom 13. d. M. bildete die Erstattung des Verwaltungsberichts für 1927, der vom Landrat gegeben wurde. Heranzuziehen wäre, daß der Landrat ver-sprach, das Krankenhaus neuzeitlich auszubauen, da es den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. An Stelle des ausscheidenden Sanitätsrats Penze ist Dr. Pottendorf aus Mainz gewählt worden. Der Anschaffung eines Sauerstoffapparates wurde zuge-stimmt. — Zum Punkt 2 — Zustimmung zur Neuzeitsetzung der Be-soldungsordnung für die Kreislandtagsbeamten — wurden bemän-gelt die Nebeneinnahmen der Beamten, die vom 1. 1. 29 aufhören sollen. — Punkt 3 — Genehmigung des Haushaltsplanes der Kreis-lommunalkasse für 1928 und Feststellung der Kreissteuer für 1928 — nahm eine lange Zeit in Anspruch. — Ein Antrag verlangte, da von der Hauszinssteuer die Gelder so schwach eingehen, aus einer vom Kreis aufzunehmenden Anleihe in Höhe von 60 000 Mk. den Siedlern Zwischentrebte von je 2000 Mark zu geben. Der Antrag wurde ein-stimmig angenommen. Genosse Hübler fragte dann an, ob es stimmt, daß die Chausseearbeiter nur 59 Pf. Stundenlohn erhalten, wohingegen im Löwenberger Kreise 64 Pf. gezahlt werden. Kreis-baumeister Seiffert erklärte dazu, daß der Kreis dem Arbeitgeber-verband angeschlossen wäre und den tariflichen Lohn zähle. Er wolle den Fall prüfen. Genosse Thiel stellte anschließend den Antrag, der Kassenhilfe 300 Mark zu bewilligen. Er begründete ihn damit, daß dem „Frauenverein“ für sein Krankenhaus in Seidenberg eine Beihilfe von 750 Mark bewilligt werden soll, darum fordern wir, der Kassenhilfe eine Beihilfe zu bewilligen zur Unterhaltung ihrer Kinderheime. Der Landrat war der Meinung, daß das den Kreis-angehörigen nicht „zugute“ käme, da doch die Heime nicht im Kreise liegen. Dem widersprach Genosse Thiel, da doch auch schon Gelder bewilligt wurden, die außerhalb des Kreises verwendet werden, z. B. die Hindenburgspende ujm. Der Antrag wurde mit 13 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Besonders erwähnt sei, daß mit seiner Ab-nehmung der fromme Zentrumsmann Werkstättenbesitzer Hübler seine christliche Nächstenliebe bewiesen hat. Hätte er als Arbeiter nicht mit den Bürgerlichen gestimmt, so wäre der Antrag angenommen worden. — Die nächsten Punkte betrafen unwichtigere Dinge.

## Sagan

Prügelnde Polizeibeamte. Die Prügelmethoden der Böggebel-Polizei scheinen neuerdings auch in den Kleinstädten Eingang ge-funden zu haben. Die Saganer Polizei, die ihr „heidenhaftes Vor-gesetz“ schon des öfteren gezeigt hat, glaubte in der Nacht vom 15. zum 16. Juni eine erneute Probe ihrer Lasterheit den Saganer Ein-wohnern vor Augen zu führen. Zwei Zimmerleute in ihrer Zunft-leidung kommen in angeheiteter Stimmung in den Anlagen am Kaiser-Wilhelm-Platz und singen. Der Polizeiwachmeister Süßlich gebietet Ruhe. Im darauffolgenden Wortwechsel padte Süßlich den einen Zimmermann an der Brust und rief ihm die Junfmadel, die unter den Zimmerleuten als Ehrenausszeichnung gilt, ab. Der Zimmer-mann weigerte sich, ohne die Madel auf die Wache zu gehen. Darauf schlug ihn Süßlich ins Gesicht. Im nächsten Moment lag der unfort-würkliche Held, so lang wie er war, auf fastiger Aue. Drei hinzugeeilten Polizisten gung es keinen Dem besser. Nachdem die vier Güter der Ordnung in trauer Eintracht auf den einen einschlugen, wurde es

dem zuviel und er warf kurzerhand alle über das Geländer in die Anlagen. Beim Abtransport zur Wache weigerten sich die beiden auf der Sorauer Straße, weiter zuzugehen, worauf die vier Beamten mit den Gummiknüppeln auf die Zimmerleute einschlugen. Besonders rühmlich hervorgetan haben sich die Beamten S i h l i c h und M i - l c h o l. Letzterer ist wohl der „beliebteste“ Polizeibeamte in Sagan. Wie uns weiter berichtet wurde, soll die Prügelei auf der Wache fort-gesetzt worden sein, was wir aber noch nicht genau feststellen konnten. Die Empörung über das Vorgehen der betreffenden Beamten ist groß. Unsere Stabverordneten werden über diesen Punkt in der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine Erklärung verlangen.

Explosion einer Sprengpatrone. Die 13- und 16-jährigen Söhne des Arbeiters Winter, hier, hantierten mit einer Sprengpatrone. Das Geschöß entlud sich und rief dem älteren die linke Hand auf. Man brachte den Verletzten nach dem Krankenhaus, wo ihm drei Finger amputiert werden mußten. Auch der jüngere Knabe hat Verletzungen erlitten.

## Bunzlau

Zusammenstoß. Der Kaufmann Seidel aus Groß-Krauschen fuhr mit seinem Motorrad in ein Automobil. Er wurde auf die Straße geschleudert und blieb etwa 100 m schwer verletzt liegen.

## Liegnitz

Freitag 20 Uhr im „Reichsadler“ erster proletarischer Abend des KPD. Alle Genossen und Sympathisierenden sind herzlich eingeladen!

Am Sonntag, dem 24. Juni, 9 Uhr, findet im Lokal „Goldener Repter“, Neuer Weg, die Unterbezirkskonferenz statt. Die Ortsgruppen Gagnau, Bunzlau, Alt-Barthau, Kokenau und Goldberg haben un-bedingt Delegierte zu entsenden. Besondere Nachricht geht den Orts-gruppen nicht zu.

Aus den Raussinger Betrieben. In allen Raussinger Kaltwerken werden die Arbeiter trotz der schweren Akkordarbeit immer mehr an-getrieben. Besonders tun sich hierbei überall die Aufseher und Meister hervor, die längst vergessen haben, daß sie auch Arbeiter wären, ja fast alle Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, sie sind jetzt die schlimmsten Lakaien der Unternehmer. Im Tischtennisbereich ist es fast zur Regel geworden, daß die Arbeiter von ihren Ausbeutern und ihren Hilfsknechten als faul verschrien, insulgedessen gemögelt und schikaniert werden. Ein in der letzten Zeit vorgelommener Fall beweist dies aus neue. Dem Aufseher Ignatz Malusch war die Leistung ungenügend, trotzdem die Arbeiter das letzte aus ihrem Knochen herausholten. Darum schwärzte er sie bei dem Direktor des Werkes an. Dieser hatte nun nichts anderes zu tun, als zwei der Arbeiter von ihrem Platz wegzunehmen, darunter ein Mitglied des Betriebsrates, und diese in die Kiesgrube, also zu einer schlechter be-zahlten Arbeit, zu stecken. Solche Dinge kommen fast täglich vor; man holt sich dann die Arbeiter ins Kontor und brüllt mit ihnen herum. Arbeiter von Tischtennis, gewöhnt diesen Herrschaften ihre Mandat ab und handelt solidarisch. Schließt euch fester in den Reihen der KPD. zusammen, lest die „Arbeiter-Zeitung“, die euch zur Seite stehen!

## Arbeitersport

Bezirksmeisterschaft der Arbeiter-Radsfahrer.

Am Sonntag veranstaltete der 1. Bezirk eine Rüberläufigkeitsfahrt der A-Klasse um die Bezirksmeisterschaft auf der Strecke Klettenberg, Tinz, Domschau, Kniegnitz, Rothföhren, Althofsbürr, Oltaschin, Wessig, Wasserfentisch, Tschanchelwitz, Rothföhren, Althofsbürr, Oltaschin, Wessig und da es um die Bezirksmeisterschaft ging, drückten einige Fahrer mächtig aufs Tempo, und so bildete sich allmählich eine Kopfgruppe von 7 Mann, die dem Ziele zujubelten. Nach hartem Einbußpart siegte Sportgenosse Gottwald - Hartlieb in der guten Zeit von 1:30,12 Stunden. 2. wurde mit 1/2 Vorderradlänge zurück H ä r t e l - Tschansch, 3. H ö h n e - Hartlieb, 4. K a l i n e - Hartlieb, 5. R i n n e r - Bres-lau. — Im freien Wettbewerb der M i e r s k l a s s e (Fahrstrecke auf 28 Kilometer verläßt) wurde Sieger Sportgenosse D j a l - Tschansch in 33:25 Minuten, 2. Schmidt-Hartlieb, 3. L e s c h n i t - Breslau, 4. W a l - Breslau. In der Jugendklasse, welche dieselbe Strecke fuhr, wurde von 20 angemeldeten Fahrern Sieger Sportgenosse B o j e - w a l d - Breslau in 51:16 Min., der um Reifensstärke Sportgenossen M a n n - Schmolz auf den zweiten Platz verwies. 3. Mannchen-Tschansch, 4. J e l t s c h - Hartlieb. Allen Beteiligten, Kontrollen sowie Samaritern für ihre Unterstützung ein herzliches Frisch auf!

Vorkämpfe am „Rast“. Die Kämpfe sind diesmal Sonnabend beim Hallensportfest im Zirkus Busch. Es starten im Fliegengewicht: Originer 1897-Breslau gegen Hein Herkules-Brieg. Im Leichtgewicht: Pechke Korbob-Breslau gegen Scholz 1897-Breslau. Im Mittel-gewicht: A. Kahlender Eiche-Liegnitz gegen F. Weigelt Spartania-Wal-denburg.

Der „Rast“ in Breslau-Dl.-Lissa. Wie alljährlich veranstaltet auch diesmal das Arbeiter-Sportpartei den Reichs-Arbeiter-Sport-tag. Eine würdige Einleitung erfährt das Fest durch Mannschafsläufe sämtlicher Sportler am nächsten Donnerstag sowie die Wasser-sportveranstaltungen am Freitag. Durch den am Sonnabendabend stattfindenden Fackelzug sowie das Beden am Sonntagmorgen soll der Haupttag eingeleitet werden. Den Vormittag des Sonntags füllen Wettläufe, Prüfungsfahrten sowie das Platzkonzert aus. Um 13 Uhr versammeln sich sämtliche Sportler, Sportinteressenten sowie Gewerkschaftler an der Löwigstraße zu einem Festzug durch die Straßen nach dem Festplatz Klein-Gaidau, wo sportliche Vorführungen jedem Anhänger einige unterhaltende Stunden bringen sollen. Da das Wetter uns Arbeitersportlern bisher immer hold gewesen ist, kann auch dieses Jahr mit einem wohlgelungenen Fest gerechnet werden.

Hr. Herrmannsdorf. Freitag 20 Uhr außerordentliche Voll-berammlung bei Gasde (Rast).

1928. Wader 1921. Freitag 20 Uhr Vollversammlung megen Rast bei Schiller.

Freiburg. Fußballergebnisse. BfR. 1. Schüler gegen Waldenburg 2. Schüler 6:1; BfR. 2. Jugend — Waldenburg 1. Sch. 0:3; BfR. 1. Jgd. — Vollenhain 1. Jgd. 8:1; BfR. II — Vollen-hain II 1:10; BfR. I — Vollenhain I 8:1. Vollenhain entkaufte sehr und war den Hiesigen in keiner Weise gewachsen, denn schon zur Halbzeit stand es 6:0 und nur das Hintertrio, das aufopfernd ar-beitete, verhinderte eine noch höhere Niederlage.

Nieder-Herrsdorf. Vergangenen Sonntag weilten die Mann-schaften von Konradswaldau bei uns, um Gesellschaftsspiele auszutragen. Die ersten zwei Jugendmannschaften lieferten das erste Treffen. Hier ging Herrsdorf mit 4:1 als Sieger hervor. Im Spiel der zweiten Mannschaften mußten die Konradswaldauer eine haus-hohe Niederlage von 10:2 einstecken. Das Spiel der ersten Mann-schaften, das ruhig und fair durchgeführt wurde, fand beim Schluß-punkt des Dresdener Schiedsrichters 3:3 für beide Parteien.